

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. - Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 18000 Exemplaren.

Inhalt.

Die Verbandsfiliale Hamburg im Jahre 1904. — An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben Nürnbergs. — Aus unserer Bewegung. — Massenübersicht und Abrechnungen der Hauptkasse. — Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Die Verbandsfiliale Hamburg im Jahre 1904. (Jahresbericht.)

Zufällig fällt mit unserer Berichterstattung auf diesem Wege zeitlich der Anfang der diesjährigen Verjüngung der Natur zusammen. Ein und wieder gewinnt der junge Frühling für einige Stunden die Oberhand über den Winter und drängt diesen grünnigen Gezeiten mit lauer Lust und Sonnenschein zurück. Aber der alte Gewart räumt nicht so leicht den jungen Rebellen mit süßigen Eis- und Jagelspießen. Manche Nacht tobt dieser Kampf! Aber endlich wird der bereits altersschwache Greis dem daherstürmenden jugendfrischen Helden weichen müssen.

Ewiger Kampf!

Ein uralter Streit,
Zwischen dem Alten und zwischen dem Neuen,
Zwischen der alten vergangenen Zeit
Und der Neuzeit jungfräulichen Mäien.
Wer wird siegen? Ihr werdet es sehn.
Es auch der Winter noch schalte und walle,
Wald ist es um seine Herrschaft gekneht,
Denn das Neue besiegt das Alte.

Was dieser Hinweis bedeuten soll?

Die Kulturentwickelungsgeschichte der Menschheit lehrt uns, daß auch wir einem ewigen Wechsel und Werden unterworfen sind; sie zeigt uns, wie auch der Kulturfortschritt sich nur unter stetigen Kämpfen vollzieht. Wir sind gezwungen, um unser Dasein mit den Elementen und gegen einander zu kämpfen. Aber dieses Studium unseres eigenen Werdeganges zeigt uns ebenfalls, daß auch in dem kulturellen und sozialen Mäien der Mensch das Alte dem Neuen weichen muß. Gleich dem Leben in der Natur bewegt sich die Kulturentwickelung in einem großen ununterbrochenen Kreislauf. Gleichfalls wird sie getrieben durch ihre eigenen Kräfte. Was heute als Wirkung erscheint, tritt morgen als Ursache auf. Dieses Bild bieten dem auf die Marke der Kulturhistorik gerichteten geistigen Auge alle Phasen der Entwickelung und alle sozialen Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart. Von dem antiken Zeitalter mit seinen Sklavenaufständen im alten Rom und auf Sizilien bis zum jüngsten Tage der Herrschaft des königlichen Dampf und seiner Nitrogenin Elektrizität und deren Begleiterkennung, die Lohnarbeiterkämpfe, ist ein weiter Weg und unterschiedliche Kulturperioden sind zurückgelegt und mancherlei Kämpfe durchschritten worden. Wir beobachteten wohl Fortschritte, aber niemals gab es Ruhe und Raht. Diese Wahrnehmung ist nun allein an sich geeignet, einen deprimierenden Eindruck zu hinterlassen, aber sehen wir genauer zu, dann wird sie das Gegenteil bewirken. Wir werden uns nämlich bald überzeugen, daß der Kreislauf unserer Kulturentwickelung ein spiralförmiger ist, das heißt, schneckenlinienartig lehrt sie immer wieder zu der-

selben Richtung, aber niemals auf dieselbe Grundfläche zurück. Daraus erklärt sich einmal die optische Täuschung, daß es nicht vorwärts ginge und nicht besser werde, zum anderen der soziale Kampf in Permanenz (beständige Dauer), und drittens die Unmöglichkeit, den Fortschritt aufzuhalten.

Und ob auch hart und steinig der Weg, immer schreitet die Menschheit weiter. Betrachten wir in diesem Lichte der kulturgeschichtlichen Forschung unsere neuzeitliche Arbeiterbewegung, dann wird uns manches gesellschaftlich-natürlich und verständlich erscheinen, was wir anderenfalls nicht zu fassen vermögen. Gleichzeitig gewinnen wir auch den Mut und die Kraft, uns dieser Bewegung immer wieder von neuem mit voller Energie zu widmen. Und weder der Mächtigen Uebermut, noch der Schwachen Wahn werden uns am Fortschreiten und endlichem Siege hindern.

Immer mehr scharen sich die Arbeiter unter dem Banner der Solidarität, um in Reich und Glied mit ihren Arbeitsbrüdern für das tägliche Brot und soziales Recht zu streiten. Für das erstere treten insbesondere die Gewerkschaften ein, und über eine Million in diesen organisierte Arbeiter führen diesen Kampf. Auch die städtischen Arbeiter haben sich dieser Bewegung angeschlossen und haben bereits ihren Mann. In wenigen Jahren hat unser Verband eine respektable Mitgliedszahl erreicht. Zumal die letzten Jahre haben ein erntereiches Anwachsen unserer Bewegung gebracht. Und in demselben Maße ist auch unsere Macht, unser Ansehen und unser Einfluß gestiegen. Wir dürfen in der Schule der sozialen Strömungen nicht mehr zu leicht befunden werden.

Selbstverständlich ist, daß die Ausbreitung der Bewegung nicht in allen ihren Zweigen zu allen Zeiten und an allen Orten gleichmäßig vor sich geht. Die Aufnahmefähigkeit der arbeitenden Klasse für moderne Ideen ist eine aus wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Gründen sehr ungleiche. Daher der Umstand, daß manche Arbeitergruppen für die Mahnungen ihrer Berufsgenossen, sich der Organisation anzuschließen, wenig oder gar nicht empfänglich sind, wohingegen andere sich mit Eifer dem neuen Streben anschließen. Diese Wahrnehmung machen wir auch ganz besonders innerhalb unseres Verbandes. Natürlich darf uns das weder abbreiten, gegen den „Unverstand der Massen“ immer wieder von neuem vorzugeben, noch dazu verleiten, mit einseitigen Erfolgen zufrieden zu sein. Stillstand bedeutet Tod.

Unsere Hamburger Filiale hat sich im letzten Jahre günstig entwickelt. Wir haben nicht nur einen nennenswerten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, sondern können auch einen wesentlichen Einfluß unsererseits auf die unsere Kollegen speziell betreffenden Angelegenheiten der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konstatieren. Allein, nach diesen zwei Seiten muß auch eine gewerkschaftliche Organisation Erfolge aufzuweisen haben, wenn sie bei der Zensur bestehen will.

Die Entwickelung unserer Filiale während ihres reichlich vierjährigen Bestehens läßt sich aus folgender Aufstellung ergeben:

Jahr	Aufnahmen	Ausgeschiedene	Mitgliederzahl	Einnahme	Ausgabe	Reinbestand
1900	200	4	196	254,50	106,10	88,10
1901	606	102	700	—	—	357,42
1902	679	274	1105	9 107,31	7 776,43	1 330,90
1903	672	325	1452	15 561,76	13 998,34	1 563,42
1904	895	814	2033	23 110,70	20 595,95	2 514,88

Jubiläum der Irrenanstalt Dalldorf. Die Irrenanstalt Dalldorf und mit ihr zahlreiche Beamte, darunter der Direktor der Anstalt, Geh. Medizinalrat Dr. Sander, der Oberarzt Sanitätsrat Dr. Richter und verschiedene Verwaltungsbeamte, feierten am 15. Februar d. J. ihr 25-jähriges Jubiläum. An diesem Tage waren seit dem Bestehen dieser ersten städtischen Irren- und Idiotenanstalt 25 Jahre verflossen. Die Anstalt ist eine der größten und bestgeleiteten Deutschlands. Der Krankenbestand besizt sich auf jährlich etwa 3600 Köpfe im Durchschnitt; davon kommen auf die Anstalt rund 1300, auf Privatanstalten 2000 und auf die Familienpflege etwa rund 300 Personen. Die Ausgaben belaufen sich jährlich auf rund 2 1/2 Millionen Mark. Die Irrenanstalt Dalldorf hat nicht allein in der Psychiatrie, sondern auch in der Gesamtmedizin eine hohe Bedeutung gewonnen, weil sie vom Beginn ihres Bestehens an unter der Leitung des Psychiaters Geheimen Medizinalrats Dr. Wilhelm Sander stand. Die Persönlichkeit Sanders ist es in erster Linie, die Dalldorf seine Bedeutung verliehen hat. Sein Wirken, sein Können ist der Kommune Berlin zugute gekommen, und es ist daher berechtigt, auch dieses hervorragenden Arztes zu gedenken, umso mehr, als er seinen wissenschaftlichen Werdegang in Berlin durchmachte. Sander wurde 1838 zu Haynau in Schlesien geboren, absolvierte das Magdalenen-Gymnasium in Breslau und begann seine medizinischen Studien in derselben Stadt, um aber bald nach Berlin überzusiedeln. Mit 21 Jahren machte er sein Staatsexamen, um sich zugleich dem Spezialstudium der Geisteskrankheiten zu widmen. Vom Jahre 1862 an führte ihn seine Tatkraft dauernd nach Berlin, er wurde Assistent des berühmten Psychiaters Griesinger an der Universität und machte 1866 den Fechtzug als Arzt mit. Im Jahre 1869 habilitierte er sich an der Universität Berlin und übernahm die Direktion der Bodenstation an der Charité. 1870 wurde er Assistent an der Berliner Irrenverpflegungsanstalt am Alexanderplatz und 1880 übernahm er die Direktion der Irren- und Idiotenanstalt zu Dalldorf. Eine große Fülle wissenschaftlicher Arbeiten, teils psychiatrischen, teils forensischen Inhalts, hat Sander publiziert. Zusammen mit Richter gab er das bekannte Werk über „Geistesstörung und Verbrechen“ heraus. In der ausgebreitetsten Weise ist er als Gutachter tätig und gilt als einer der zielbewusstesten Vorkämpfer des Antialkoholismus.

Berlin. Der Magistrat beschloß am 23. Februar 1905, daß am Krankenhaus Friedrichshain von nun an nur noch Schweitern des

Viktoriahauses ausgebildet werden sollen. Bisher waren dort neben Angehörigen dieses Hauses auch andere Damen ausgebildet worden. Jetzt sollen die letzteren der städtischen Krankenpflegeschule, die bekanntlich dem Roabiter Krankenhaus angegliedert ist, überwiesen und dort ausgebildet werden. Der Magistrat beschloß ferner, die an der Fruchtstraße belegene Langiersche Badeanstalt amukaufen. Es ist eine Klusbadanstalt, die für Frauen vorbehalten ist. Die Stadt wird voraussichtlich die Anstalt einem Umbau unterziehen.

Ein Krebs-Serum entdeckt? Seit Jahren beschäftigt sich die Wissenschaft mit der Erforschung des Krankheitserregers des Krebses und eines Mittels zu seiner Bekämpfung. Wiederholt ist verkündet worden, daß beides entdeckt worden ist, aber immer wieder sind die Hoffnungen und Erwartungen getäuscht worden, so daß verschiedene hervorragende Forscher resigniert erklärt haben, es gebe nur ein Heilmittel gegen den Krebs: das Messer des Chirurgen. Jetzt kommt wieder einmal die Nachricht, und zwar aus Amerika, daß in dem pathologischen Laboratorium der Universität zu Buffalo die Herstellung eines Krebs-Serums gelungen ist. Die Forschungen, die im Jahre 1899 begannen, wurden von Professor Dr. Roswell Park, der seinerzeit seine Studien an der Berliner Universität vollendete und Präsident Mac Kinley auf dem Todesbette behandelte, und seinen Assistenten, Dr. Gausford und Dr. Clowes, ausgeführt. Sie hatten seinerzeit von Professor Jensen in Kopenhagen zwei mit Krebs behaftete weiße Mäuse bezogen, mit den von diesen genommenen injizierten Teilen andere Mäuse geimpft und auch bei ihnen den Krebs hervorgerufen. Nach endlosem, mühseligen Experimentieren fanden sie endlich ein Serum, mit dessen Hilfe es gelang, mit Krebs behaftete Mäuse zu heilen. Es wurden immer zwei Mäuse zu gleicher Zeit mit Krebs injiziert, und von diesen wurde eine, nachdem sich die Krebsgeschwulst gebildet hatten, mit dem Serum behandelt, die andere nicht. In den letzten Monaten wurden die mit Serum behandelten Mäuse stets geheilt, während die anderen starben. Das Serum wurde auf die übliche Weise aus dem Blut der geheilten Mäuse entnommen. In Kürze werden die Herren einen ausführlichen Bericht über ihre Forschungen und deren Ergebnisse in einer Fachschrift veröffentlichen. Bis dahin muß man sich noch jedes Urteils darüber enthalten, ob die amerikanischen Ärzte wirklich das Heilmittel gegen den Krebs, die Heiligtümer der Menschheit, gefunden haben.

Anzeigen.

Stellen-Angebote.

Wassense

wird für ein Sanatorium in Nähe Dresdens gesucht. Bewerberin muß die englische oder französische Sprache beherrschen und mehrjährige Praxis hinter sich haben. Nachricht durch den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Wärter

für Städtisches Krankenhaus in Schlesien per 1. 4. 05 gesucht. Lohn 35 M. Nachricht d. d. Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Badewärterin

für Anstalt im Thüringer Walde per sofort gesucht. Lohn 30 M. Auskunft durch den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Wärterin

wird für Privatklinik in Halle per sofort gesucht. Lohn 25-30 M. Nachricht durch den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Wassense

wird per sofort in Nähe Berlins gesucht. Nachricht durch den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Wärterin

und Bademeisterin wird für Anstalt nach Oberschlesien per sofort gesucht. Auskunft erteilt der Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Bademeister

für Sanatorium nach Konigsberg per sofort gesucht. Lohn 25 resp. 30 M. Sfferten an den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Für eine Anstalt in der Schweiz

wird folgendes Anstalts Personal gesucht: 2 Zimmermädchen, 1 Köchin, 1 Küchenmädchen, 1 Hausdiener, 1 Waschküchen, 2 Kochlehrlinge. Auskunft erteilt der Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Bademeister

für Anstalt in Gotha per sofort gesucht. Lohn 40-50 M. (Bedienung des Kessels.) Nachricht durch den Zentral-Stellennachweis, Berlin, Bülowstr. 21.

Wassense

und Bäderin wird für Sanatorium nach Thüringen gesucht per sofort. Lohn 25 M. Auskunft erteilt der Zentral-Stellennachweis Berlin, Bülowstr. 21.

Achtung, Krankenpflege-, Massage- und Badepersonal!

Die Kollegen und Kolleginnen werden erucht, von allen Stellenvakanzen in ihren Anstalten sofort unserm **Stellen-Nachweis, Berlin W. 57, Bülowstr. 21, Telephone: Amt IX, 6188**, Mitteilung zu machen damit die offenen Stellen durch denselben eventuell besetzt werden können. Der Stellen-Nachweis kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn die Kollegen und Kolleginnen denselben ihre Unterstützung angeben lassen. Sprechzeit für Stellensuchende: 10 bis 12 Uhr vormittags.

Stellen werden nur an Mitglieder des Verbandes vermittelt.

Stellensuchende, welche dem Verbande noch nicht 1 Jahr angehören, müssen ihre Beiträge für mindestens 1 Vierteljahr im voraus entrichten. Stellensuchende, die dem Verbande bereits 1 Jahr angehören, haben ihre Beiträge bis zum Tage des Stellengesuchs zu begleichen.

Jeder Stellensuchende hat ferner 1 M an den Propagandafonds des Krankenpflegepersonals abzuführen. Gemerkte Kollegen für von den genannten Verpflichtungen entbunden. Die Vermittlung geschieht frei für Krankenpfleger und Bäderinnen, Masseure und Wassense, Bademeister, Schwimmlehrer, Hausdiener, Waschküchen- und Reinigungs-Personal, Beizer und Sandwecker etc. **Der Verbandsvorstand. Dr. Boerck**

Berlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten Bruno Voerck
Verantwortlicher Redakteur: H. Burger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: E. Janitzki, wski, Elisabeth Ufer 29.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6498
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 18000 Exemplaren.

Inhalt.

Die Verbandsfiliale Hamburg im Jahre 1904. — An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben Nürnbergs. — Aus unserer Bewegung. — Kasernenübersicht und Abrechnungen der Hauptkasse. — Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Die Verbandsfiliale Hamburg im Jahre 1904. (Jahresbericht.)

Zufällig fällt mit unserer Berichterstattung auf diesem Wege zeitlich der Anfang der diesjährigen Verjüngung der Natur zusammen. Ein und wieder gewinnt der junge Frühling für einige Stunden die Oberhand über den Winter und drängt diesen grimmen Gezeiten mit lauer Luft und Sonnenschein zurück. Aber der alte Gewandart räumt nicht so leicht den neuen das Feld. Immer wieder zieht er Unwetter herauf und überschüttet den jungen Rebellen mit spitzigen Eis- und Hagelstößen. Manche Nacht tobt dieser Kampf! Aber endlich wird der bereits alterstümliche Greis dem daherkommenden jugendfrischen Helden weichen müssen.

Ewiger Kampf!

Ein uralter Streit,
Zwischen dem Alten und zwischen dem Neuen,
Zwischen der alten vergangenen Zeit
Und der Neuzeit jungfräulichen Mägen.
Wer wird siegen? Ihr werdet es sehn.
Ob auch der Winter noch schalte und walle,
Bald ist es um seine Herrschaft geschehn,
Denn das Neue besiegt das Alte.

Was dieser Hinweis bedeuten soll?

Die Kulturentwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt uns, daß auch wir einem ewigen Wechsel und Werden unterworfen sind; sie zeigt uns, wie auch der Kulturfortschritt sich nur unter stetigen Kämpfen vollzieht. Wir sind gezwungen, um unser Dasein mit den Elementen und gegen einander zu kämpfen. Aber dieses Studium unseres eigenen Werdeganges zeigt uns ebenfalls, daß auch in dem kulturellen und sozialen Ringen der Menschen das Alte dem Neuen weichen muß. Gleich dem Leben in der Natur bewegt sich die Kulturentwicklung in einem großen ununterbrochenen Kreislauf. Gleichfalls wird sie getrieben durch ihre eigenen Kräfte. Was heute als Wirkung erscheint, tritt morgen als Ursache auf. Dieses Bild bieten dem auf die Märie der Kulturhistorik gerichteten geistigen Auge alle Phasen der Entwicklung und alle sozialen Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart. Von dem antiken Zeitalter mit seinen Sklavenaufständen im alten Rom und auf Sizilien bis zum jüngsten Tage der Herrschaft des Königs Dampf und seiner Mitregentin Elektrizität und deren Reglementierung, die Lohnarbeiterkämpfe, ist ein weiter Weg und unterschiedliche Kulturperioden sind zurückgelegt und mancherlei Kämpfe durchschritten worden. Wir beobachten wohl Fortschritte, aber niemals gab es Ruhe und Paß. Diese Wahrnehmung ist nun allein an sich geeignet, einen deprimierenden Eindruck zu hinterlassen, aber sehen wir genauer zu, dann wird sie das Gegenteil bewirken. Wir werden uns nämlich bald überzeugen, daß der Kreislauf unserer Kulturentwicklung ein spiralförmiger ist, das heißt, schneckenlinienartig kehrt sie immer wieder zu der-

selben Richtung, aber niemals auf dieselbe Grundfläche zurück. Daraus erklärt sich einmal die optische Täuschung, daß es nicht vorwärts ginge und nicht besser werde, zum anderen der soziale Kampf in Permanenz (beständige Dauer), und drittens die Unmöglichkeit, den Fortschritt aufzuhalten.

Und ob auch hart und steinig der Weg, immer schreitet die Menschheit weiter. Betrachten wir in diesem Richte der kulturgeschichtlichen Forschung unsere neuzeitliche Arbeiterbewegung, dann wird uns manches gesellschaftlich-natürlich und verständlich erscheinen, was wir anderenfalls nicht zu fassen vermögen. Gleichzeitig gewinnen wir auch den Mut und die Kraft, uns dieser Bewegung immer wieder von neuem mit voller Energie zu widmen. Und weder der Mächtigen Uebermut, noch der Schwachen Wahn werden uns am Fortschreiten und endlichem Siege hindern.

Immer mehr scharen sich die Arbeiter unter dem Banner der Solidarität, um in Reich und Glied mit ihren Arbeitsbrüdern für das tägliche Brot und soziales Recht zu streiten. Für das erstere treten insonderheit die Gewerkschaften ein, und über eine Million in diesen organisierte Arbeiter führen diesen Kampf. Auch die städtischen Arbeiter haben sich dieser Bewegung angeschlossen und setzen bereits ihren Mann. In wenigen Jahren hat unser Verband eine respektable Mitgliederzahl erreicht. Zumal die letzten Jahre haben ein eritaunliches Anwachsen unserer Bewegung gebracht. Und in demselben Maße ist auch unsere Macht, unser Ansehen und unser Einfluß gestiegen. Wir dürfen in der Skala der sozialen Strömungen nicht mehr zu leicht befunden werden.

Selbstverständlich ist, daß die Ausbreitung der Bewegung nicht in allen ihren Zweigen zu allen Zeiten und an allen Orten gleichmäßig vor sich geht. Die Aufnahmefähigkeit der arbeitenden Klasse für moderne Ideen ist eine aus wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Gründen sehr ungleiche. Daher der Umstand, daß manche Arbeitergruppen für die Mahnungen ihrer Berufsgenossen, sich der Organisation anzuschließen, wenig oder gar nicht empfänglich sind, nohingenen andere sich mit Eifer dem neuen Streben anschließen. Diese Wahrnehmung machen wir auch ganz besonders innerhalb unseres Verbandes. Natürlich darf uns das weder abschrecken, gegen den „Unverstand der Massen“ immer wieder von neuem vorzugehen, noch dazu verleiten, mit einseitigen Erfolgen zufrieden zu sein. Stillstand bedeutet Tod.

Unsere Hamburger Filiale hat sich im letzten Jahre günstig entwickelt. Wir haben nicht nur einen nennenswerten Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, sondern können auch einen wesentlichen Einfluß unsererseits auf die unsere Kollegen speziell betreffenden Angelegenheiten der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konstatieren. Allein, nach diesen zwei Seiten muß auch eine gewerkschaftliche Organisation Erfolge aufzuweisen haben, wenn sie bei der Jenfur bestehen will.

Die Entwicklung unserer Filiale während ihres reichlich vierjährigen Bestehens läßt sich aus folgender Aufstellung ergeben:

Jahr	Aufnahmen	Ausgeschiedene	Mitgliederzahl	Einnahme	Ausgabe	Kassenbestand
1900	200	4	196	254,50	100,40	88,10
1901	606	102	700	—	—	357,42
1902	679	274	1105	9 107,31	7 776,43	1 330,90
1903	672	325	1452	15 561,76	13 998,34	1 563,42
1904	895	814	2033	23 110,70	20 595,95	2 514,89

Wir haben im verfloffenen Jahr sowohl in korporativer wie finanzieller Hinsicht im Verhältnis zu den Vorjahren und auch absolut gut abgeschlossen. Ein gleich günstiges Ergebnis muß natürlich auch in den nun folgenden Jahren erreicht werden. Um das zu erreichen, müssen alle Kräfte angespannt arbeiten, wie dies im Berichtsjahre der Fall war.

Zu jeder Zeit waren unsere Kollegen auf dem Platze, wenn es das Verbandsinteresse erforderte. Neben sämtliche Glieder unserer vielseitigen Verwaltung füllten ihren Posten mit ganzer Kraft und Gemeinschaft aus. Willig folgte jeder dem Rufe zur Mitarbeit. Und diese war nicht gering. In ihrer Bewältigung waren 112 Einungen und Versammlungen notwendig. Niemals aber stießen wir auf Unwillen, wenn wir an das Pflichtgefühl unserer Kollegen appellierten.

Viele Mühe erfordert die ordnungsmäßige Erledigung der inneren Verwaltungsgeschäfte. Die daran beteiligten Kollegen müssen dafür manches Opfer bringen. Der Vorstand wie die erweiterte Ortsverwaltung müssen dabei Hand in Hand arbeiten und gleich tatkräftig eingreifen. Insbesondere muß Gewicht gelegt werden auf eine pünktliche, auf prompte Verbreitung der Agitationsmaterialien sowie auf die exakte Einziehung der Verbandsbeiträge. Von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, ging alles glatt von statten.

Pflichtgetreue Verwalter ihres Amtes waren auch die Revisoren. Freudig verrichteten sie ihre manchmal recht schwierige und unangenehme Arbeit, ohne nach Anerkennung zu fragen. Diese erübrigt sich auch; ihr gewissenhaftes und peinlich genaues Arbeiten ehrt sie.

Alle Glieder unseres Verwaltungsorganismus wurden besonders stark in Anspruch genommen durch die Verleihung der Aufgaben, welche unserer Bewegung nach außen hin in der Wahrnehmung der öffentlichen Interessen unserer Mitglieder gestellt wurden. Und in der Beziehung war das Berichtsjahr ein außergewöhnlich arbeitsreiches.

Am Anfang des Jahres mußten wir uns zunächst unserer Haut wehren. Die Direktion der Gaswerke entließ mehrere unserer Kollegen, die sich manchen der Förderung unserer Bewegung etwas in der Vordergrund begeben hatten. In mehreren Versammlungen protestierten wir energisch gegen diese Unterbindung der Kooperationsfreiheit der hamburgischen Staatsarbeiter. Die Wiedereinstellung der betreffenden Kollegen ist freilich nicht erreicht worden, aber die Verwaltung wird eingesehen haben, daß sie mit diesen Maßnahmen nicht mehr so billig wegkommt wie früher. Solche offensichtliche Entlassungen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation und Betätigung für dieselbe sind später nicht mehr vorgekommen. Neuerdings erklärte ein Vertreter der Gaswerke sogar offen, die Direktion der Gaswerke habe nichts dagegen, wenn ihre Arbeiter Mitglieder des Verbandes wären, nur wolle sie nicht, daß Inorganisierte im Vertriebe in betrieblicher Weise beschäftigt würden. So was kommt natürlich bei uns gar nicht vor.

Mit besseren Löhnen wollte die Verwaltungsbehörde nun einmal nicht herausreden beziehungsweise wehren sie sich dagegen krampfhaft. Wir mußten deswegen im Frühjahr des Jahres erneut dazu Stellung nehmen. Die abschlägigen Antworten auf unsere Eingaben vom Vorjahre wurden mit einem Protest beantwortet und die Agitation dafür im übrigen eifrig fortgesetzt. Wußten wir doch nur zu gut, daß die ablehnende Haltung der Behörden in dieser wie auch freilich noch in mancher anderer Hinsicht sich aus der Gleichgültigkeit und Uneinigkeit des größeren Teiles ihrer Arbeiter erklären läßt. Darum mußten wir in immer neuen Variationen und immer denn je den Auf erheben: Kollegen organisiert Euch! Unsere Bemühungen zeitigten das Resultat, daß — ein bis dahin noch tageweisener Fall — aus der Mitte der Bürgerkraft Anträge gestellt wurden, den Senat zu ersuchen, eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die hamburgischen Staatsarbeiter herbeizuführen. Nach diesen Anträgen soll ein Mindestlohn von 1 Mk. gezahlt und den ständigen Arbeitern periodische Zulagen gewährt werden. Die Arbeitszeit soll nicht über 9 Stunden täglich betragen und in den Gas- und Wasserwerken, soweit in diesen Tag- und Nachtschicht besteht, die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Diese Anträge wurden von unseren Parteigenossen eingebracht. Gleichzeitig wurde auch von einer bürgerlichen Fraktion ein Antrag gestellt, die Bürgerkraft wolle zu ihrem Teile eine Lohnverbesserung der Diätare in den Staatsbetrieben herbeiführen. Wir unterstützten das Vorgehen unserer Genossen, indem wir an die Bürgerkraft eine Petition richteten, in welcher wir eine sofortige zehnprozentige Lohn-erhöhung verlangten und im übrigen dieselben Forderungen erhoben, die in den sozialdemokratischen Anträgen enthalten waren. Die Verhandlungen der Bürgerkraft über diese Anträge boten aber nicht nur ein Bild einer für unsere Zeit fast unerklärlichen Rückständigkeit, sondern zeigten auch von einem bei den meisten Bürgerkraftmitgliedern tief eingewirkten Widerwillen gegen die Arbeiterkraft. Die Hauptursache gegen alles, was nach sozialem Fortschritt aussieht, spielen dabei eine geradezu unwürdige Rolle. Anstatt in eine sachliche Prüfung der Arbeiterforderungen einzutreten, ergab man sich an dem abernichten und blödestem Geschwätz über politische Parteianglegenheiten. Leute, wie der Zuckrohrfabrikant Rudolf Sievers, der noch als bürgerlicher Reichstagskandidat bei der letzten Wahl der hamburgischen Arbeiter seines aufrichtigen Wohlwollens versicherte, ließen ihre Mäskel fallen und zeigten den Arbeitern ihr

wahres Gesicht als Arbeiterfeinde. Andere, wie Dr. Wolfson, die auch bisher bei den Arbeitern als verständige Leute galten, behielten sich mit der fadenstehigen Ausrede, in die verwickelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse könne die Bürgerkraft in dieser Form nicht eingreifen, obgleich sie dies für die staatlidberfeits beschäftigten Diätare für möglich hielten. Diese Herren sind sich alle einig in dem Bestreben, die Arbeiter wirtschaftlich und politisch niederzudrücken. Für die Erhöhung der Beamtengehälter ist die Bürgerkraft seitenszeit eingetreten; für die Diätare findet sie sich auch jetzt bereit, etwas zu tun. Das ist lobenswert, aber traurig ist es, daß sie den Arbeitern ihre Hilfe versagt. Für das wohlhabende Hamburg ist das Ganze ein tief besänftigendes Bild, dem ein ähnliches unter gleichen Voraussetzungen von anderswo kaum an die Seite gestellt werden kann. Freilich ist der traurige Akt noch nicht endgültig erledigt. Die Bürgerkraft hat nämlich einen Ausschuss berufen, der die Anträge der Arbeiter unter eine noch festere Lupe nehmen soll. Natürlich denkt sie, daß der Ausschuss zu der Ansicht kommen wird; es gibt für die Arbeiter nichts zu verbessern. Nun, wir werden auf dem Posten sein.

Nicht viel besser ist es bestellt um die Aussicht der Staatsarbeiter bezüglich einer angemessenen Alters-, Witwen- und Waisenpension. Der Senat hat der Bürgerkraft einen Antrag zur Mitgenehmigung unterbreitet, für die Staatsarbeiter eine Versorgungsanstalt zu errichten. Dieser Anstalt sollen alle in den Staatsbetrieben beschäftigten nicht beamteten Personen zwangsweise beitreten. Die Leistungen der Anstalt sollen durch Beiträge, die zur Hälfte vom Staate als Arbeitgeber und zur Hälfte von den Versicherten zu zahlen sind, gedeckt werden. Nach einer mindestens sechsjährigen Beitragsleistung sollen arbeitsunfähige Arbeiter eine Rente erhalten. Für die Witwen und Waisen der Arbeiter soll nichts geschehen. Und doch ist die Sorge um ihre eventuellen Hinterbliebenen bei den Arbeitern sehr groß. Denn soll auch trotz Beitragszahlung ein flagbares Recht auf Rente nicht gegeben werden. Auch für die größere Sicherheit des Fortbestehens des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter sieht die Vorlage nichts vor. Und ohne diese Vorbedingung ist die ganze Versorgungsanstalt ohnehin für die Arbeiter nichts wert. Denn ist der Arbeiter alt, wird er entlassen. Hat er keinen Verdienst, vermag er auch die Beiträge nicht zu zahlen, und seine Versorgung gegen Arbeitsunfähigkeit ist dahin. Wir verlangen aber auch, daß der Staat in dieser Frage keine Arbeiter grundsätzlich mit dem gleichen Maße mißt, wie die Beamten. Unter allen Umständen aber beanspruchen wir, daß der hamburgische Staat in seiner Fürsorge für seine Arbeiter und deren Hinterbliebenen so weit geht, wie eine große Anzahl anderer deutscher Stadtverwaltungen. Mehr als 30 derselben haben eine Alters-, Witwen- und Waisenversorgung für ihre Arbeiter eingeführt, ohne Beiträge von den Arbeitern zu erheben, und das wird der hamburgische Staat auch tun können. Diesen Standpunkt vertreten wir auch in einer Eingabe, welche wir in dieser Frage an die Bürgerkraft richteten. Gegenwärtig wird diese Sache ebenfalls in einem bürgerlich-kommunalen Auslaß bearbeitet. Ein viel anderes Gesicht wird die Sachverhalte aber auch in diesem Auslaß nicht bekommen. Darum heißt es auch in diesem Punkte: Staatsarbeiter aufgewacht! Bei den im Februar vorgelegten Bürgerkraftswahlen setzten wir mit einer lebhaften Propaganda für unsere Forderungen ein. In einer öffentlichen Versammlung wurden unsere Wünsche formuliert und begründet. In dieser Versammlung waren die Mandatanten für die Bürgerkraftswahlen besonders eingeladen. Erklären waren aber nur die sozialdemokratischen Mandatanten. Dieselben erklärten ihre Abereinmigung mit den aufgestellten Forderungen. Auch wurden diese sämtlichen Mandatanten schriftlich mit der gleichzeitigen Anfrage unterbreitet, ob sie gewillt seien, im Falle ihrer Wahl für diese Forderungen der Arbeiter zu wirken. Eine unzureichende Antwort gaben die sozialdemokratischen Mandatanten. Auch einige bürgerliche Mandatanten antworteten in demselben Sinne. Die größere Mehrzahl der Herren gab eine ausweichende Antwort. Unser Hauptzweck aber war erreicht. Wir hatten den Herren gezeigt, daß die Staatsarbeiter der Wahl ihrer Arbeitgeber nicht mehr teilnahmslos gegenübersehen. Hat auch dieses Vorhaben aus noch kein großen Erfolg geäußert, so wird dies unfehlbar doch in dem Maße besser werden, als es uns gelang, unsere eigene Zahlwade zu befestigen, indem wir die Mitgliederzahl unserer Organisationen erhöhen. Denn in keiner anderen Zeit haben Zahlen eine solche Bedeutung als bei Wahlen und zumal bei den Bürgerkraftswahlen. Darum mit jedem Tage von neuem frisch ans Werk, damit wir eine größere Macht werden!

Ueber unsere öffentliche Tätigkeit, die wir aus den angeführten Gründen entfalten, vergehen wir nicht für die Ausbreitung unserer Bewegung zu arbeiten. In dem Zwecke fanden öffentliche Versammlungen in Hamburg, Altona, Wilhelmsburg und Zinkenwörder statt. In mehreren dieser Versammlungen referierte unser Verbandsvorstand W. Forst, Berlin. Seine Beiträge über „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“ brachte unseren Kollegen manche informativische Sachkenntnis für den Tageskampf mit dem Individualismus der unorganisierten Arbeitkollegen. Auch in den übrigen dieser Versammlungen wurden Referate gehalten, die hauptsächlich unsere eigene Bewegung und deren Notwendigkeit und Nützlichkeit für die staatlidberfeits beschäftigten Arbeiter behandelten. Für die Altonaer städtischen Arbeiter hat sich

auch in diesem Verichtsjahe fast nichts zu ihren Gunsten geändert. Die einzige Ausnahme bilden einige Verbesserungen auf dem städtischen Gaswerk. Es wurden dort die Löhne der Hofarbeiter um 50 Pf. erhöht, sodas der Tagelohn jetzt 4 M. beträgt. Die Löhne der Heurathensarbeiter wurden nicht erhöht, obgleich der Höchstslohr für Heurathensarbeiter nur 4,50 M. pro Tag beträgt. Eine für diese Arbeit und hiesige Verhältnisse sehr minimale Bezahlung. Diesen Arbeitern ist auch ein adäquater alljährlicher Erholungsurlaub zugesichert worden, der im vergangenen Sommer schon gewährt wurde. Auch soll ihnen der Lohn im Falle der Arbeitsverhinderung von kurzer Dauer gezahlt werden. Ein solches Reglement fehlt aber.

Zu übrigen städtischen Arbeitern wurden keinerlei Verbesserungen angetan. Einige Gruppen wurden freilich von ihren unteren Vorgesetzten animiert, ihren respektiven Verwaltungen eine Eingabe um Aufbesserung der Löhne zu unterbreiten, aber beantwortet wurde ihnen darauf nicht. So werden die Arbeiter von einem Tage zum anderen mit unerbittlichen Verprechungen vertrönet. Die Schuld daran tragen natürlich die Arbeiter selbst. Anfall der Organisation beizutreten und durch diese gedeckt, den Kampf für die Verbesserung ihrer Lage vor aller Welt anzunehmen, schämeu sie unterwürfig hinter den unteren Verwaltungsbereichen her, die dazu nicht einmal etwas für sie tun können. Die Mutlosigkeit ist bei den meisten städtischen Arbeitern Altonas so groß, das sie nicht wagen, öffentliche Versammlungen zu besuchen. Sie könnten ja auch gehen und arbeiten. Und doch führen viele von ihnen infolge der niedrigen Löhne ein Jammerleben, sodas schlimmstenfalls an ihrer Stellung nicht das Geringste verloren wäre. Es wird auch nicht eher für sie besser werden, bis sie begriffen haben, das heutzutage die städtischen Arbeiter solidarisch zusammenstehen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Hoffentlich kommt ihnen diese Erkenntnis recht bald.

Von irrend welcher sozialer Arbeiterfürsorge ist bei den städtischen Behörden Altonas noch keine Spur zu entdecken. Was aus alten und kranken Arbeitern der Stadt wird, kümmert die Stadtverwaltung nicht. Kögen die gebrechlichen Arbeiter, und wenn diese werden, ihre hinterlassenen unverheirateten Familienangehörigen sich doch an die Armenverwaltung wenden. Wozu ist sonst diese Einrichtung auch da, denkt man in den geldsparenden Kreisen. Ein Recht auf Pension haben in Altona nur „höhere Persönlichkeiten“. Und wenn deren Hinterbliebenen mit der ihnen gesetzlich zustehenden Pension nach der Ansicht irgend eines hohen oder einflussreichen Gönners nicht auskommen können, dann zahlt die Stadt aus dem mit Arbeitergeldern gefüllten Steuerfahel noch einige Tausend „Gummiden“ pro Fall zu. So sollen beispielsweise die Töchter des hierlich verstorbenen Überbürgermeisters Giese noch jede pro Jahr 1000 M. etwa auf die ihnen zu zahlende Pension aufgesetzt bekommen. Das sollte für die Arbeiter ein Grund mehr sein, energisch zu fordern, das ihnen, wenn die Stadtröhre so voll des Gutes ist, auch etwas davon zufließen. Aber, wie gesagt, von selbst fliegen ihnen in diesen Zeitläufen keine gebrauchten Tauben mehr in den Mund.

In organisatorischer Hinsicht richteten wir unser Augenmerk vorzüglich darauf, unsere Bewegung mehr zu festigen; den Mitgliedern jenseits der Organisation etwas zu bieten, und die Beziehungen der Mitglieder zu einander zu stärken und zu pflegen. Und durchzuführen waren diese Bemühungen von den gewünschten Erfolgen begleitet.

Soweit die Mitgliederversammlungen nicht ausgefüllt wurden von den Beratungen über die Vorbereitung unserer öffentlichen Demonstrationen, wurden Vorträge belehrenden Charakters gehalten. Diese Vorträge erstreckten sich auf die Sozialgesetzgebung, das Hamburger Verfassungs- und Verwaltungsrecht, dem Problem der Arbeitstammern oder Arbeiterkammern, Arbeiterbildungsfragen usw. So ist auch hier keine Stunde unangenehm verstrichen.

Nach unseren Mitgliedern die Vorteile der Senatsverordnung betreffend die Fortzahlung des Lohnes in Krankheit und sonstigen Fällen unverschuldeter Arbeitsverhinderung (§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zu fördern, haben wir an die verschiedenen Versammlungen dieses Gebietes an der Hand von Beispielen näher erklärendes Material zum Selbststudium bereit. Wir glauben, damit manchem Kollegen einen guten Dienst erwiesen zu haben.

Eine Abhandlung über die Frage des Erholungsurlaubes machten wir unseren Mitgliedern mündlich zugänglich. Diese Rede wurde häufig eine gelobte Arbeit aus der Feder unseres Kollegen und Redaktors Heinrich Richter über das Thema: „Zemmerurlaub, ein Traum für Arbeiter?“. In gedrängter Kürze aber höchst anschaulich und in leicht faßlicher Weise behandelt er die Frage in lauten, lebhaften Tönen, und kommt er zu dem Schluß, das diese Verlang nach unzulässig hohen, städtischen Arbeitern bei ansehnlichen Gehältern der Verwaltungsbereichen leicht erfüllt werden kann. Die Arbeit wurde nach allen Verwaltungen der hiesigen Staatsverwaltungen nachteilig.

Wenn wir so einmündlich berichtet waren, für unsere Verbände. Folgen zu jeder Zeit und in mancherlei Hinsicht zu schaffen, wo immer es geht, besseren Verhältnissen für sie die Wege zu ebnen, so haben wir uns auch andererseits aus unseren eigenen Mitteln, wo und soweit es möglich war. In vielen Fällen wurden Unternehmungen aus Verbandsmitteln gewährt. Bekanntlich zahlen wir laut unseres Statuts an die Familien verstorbener Mitglieder

eine Unterstützung von 60 bis 150 M., und an die Mitglieder, falls deren Ehefrauen sterben, eine Unterstützung von 50 bis 75 M. Diese Hilfe kam im Verichtsjahe 13 Familien zugute. Außerdem wurden in 16 anderen Fällen ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Kollegen unterstützt. Auch durch sonstige Unterstützungen halfen wir vielen Kollegen aus augenblicklicher Not. Jedenfalls tun wir auch in dieser Hinsicht soviel in unseren Kräften steht.

Eine gute Züge hatten viele unserer Kollegen an unserem Sekretariat. Manchem Rechtskundigen ist hier der richtige Weg gezeigt worden. Viele brauchten nicht so wie sonst, wenn sie verlegen waren um Rat und Tat, ihr sauer verdientes Geld dafür zu opfern. Alles wurde für sie mündlich besorgt. Jedes Mitglied, welches auch nur einmal im Jahr fremde sachgemäße Arbeit benötigt und nimmt unser Sekretariat in Anspruch, hat damit schon allein die Hälfte seiner jährlichen Verbandsbeiträge verdient. Und diese Fälle sehen nicht vereinzelt da. Im verflohenen Jahre sind eine Menge von schriftlichen Arbeiten im Privatinteresse der Mitglieder angefertigt worden. Wir sind sicher, das jeder, dem geholfen wurde, erklären wird, dieses Institut wollen wir nicht wieder missen.

Wenn wir so gesehen haben, welche nützliche und segensreiche Einrichtung solche Organisation ist, dann muß es wirklich Wunder nehmen, das es noch immer so viele Arbeiter gibt, die das nicht einsehen können und unorganisiert umherlaufen. Wir sind mit unseren bisherigen Erfolgen nun freilich auch nicht ganz zufrieden, aber das wir nicht weiter sind, liegt doch nur daran, das wir nicht stärker organisiert sind. Würden anstatt der 2000 Staatsarbeiter hier in Hamburg 6000 unserer Organisation angehören, dann würden schon heute alle mit einander aus anderen Augen schauen. Jeder unorganisierte Staatsarbeiter trägt ein großes Teil Schuld daran, das es ihm und seiner Familie noch nicht besser geht. Und niemand sollte denken, wenn es ihm gegenwärtig aus irgendwelchen besonderen Umständen gut geht, das es für ihn immer so bleibe und er niemals fremder Hilfe bedürftig. Wohin will er aber gehen, wenn er nicht organisiert ist? Darum sollte jeder, der nur etwas Pflichtgefühl in der Brust trägt, sich fragen: Teiner Familie und seinen Arbeitsbrüdern bist Du schuldig, deiner gewerkschaftlichen Verbandsorganisation beizutreten.

Eine große Masse für die Nichtverbandszugehörigkeit vieler unserer Arbeitskollegen spielt noch immer die übertriebene Mengegläubigkeit. Man begreift gar nicht, das diese Leute sich nicht sagen: Wo 2000 deiner Organisationskollegen bleiben, muß auch Platz für dich sein. Wie sollten überhaupt die Verwaltungen dazu kommen, die Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zu entlassen, also zu strafen? Einmal haben die Arbeiter das reichsgebietwide Recht, sich zu organisieren, und zum anderen sind die Verwaltungsbeamten ja selber fast alle organisiert. Es gibt auch keinen Hamburger Staatsbereich, in dem der Verein Hamburger Staatsbeamten nicht mindestens einen Vertrauensmann hätte, der noch obendrein ganz offensichtlich für seinen Verein agitiert, die Vereinszeitung verteilt usw. Und da sollten die Arbeiter nicht organisiert sein dürfen? Unseren organisierten Kollegen legt nun denselben niemand etwas in den Weg. Und würde dies geschehen, würden wir uns wehren. Das wissen auch die Behörden; und ferner haben sie eingesehen, das sich mit organisierten Arbeitern vernünftig auskommen läßt. Würden die Staatsarbeiter sich nur erst in größerer Zahl organisieren, dann würde bald unser Bürgermeister in der Bürgerkammer über die Staatsarbeiter, wie früherer der Reichskammer Graf Caprivi im Reichstage über die Sozialdemokraten in der Armeekammer: Die organisierten Arbeiter sind unsere besten! Unseren Verbandskollegen aber rufen wir zu: Fremdeln Gesossen! Die Hand zum Schwur!

Was wir gelobet, wir wollen es halten,
In dem Kampfe für Freiheit und Brot,
Wollen wir nun und nimmer erkalten!

G. Sch.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Gewerkschaftsausschuß hat beschlossen, das am Montag, den 22. Mai 1906, der Amdt. Monarch der Gewerkschaften Deutschlands in Wien a. M., im Konzerthaus, stattfinden soll.

Das Tagesordnung ist voranstehend angegeben: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Wahl der ständigen Kommission für die Zentralarbeitssekretariat und Veranlassung der ständigen Kommission; 2. Mediationsbereich der Gewerkschaften; 3. Mediation unter den fremdsprachlichen Arbeitern; 4. Streitvermittlung und Streitfähigkeit; 5. Demarcation; 6. Beschaffung des Lohn und Lohnangelegenheiten; 7. „Correspondenzblatt“; 8. Bericht über das Centralarbeitssekretariat und Veranlassung der ständigen Kommission; 9. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik; 10. Die Gewerkschaften und die Arbeiter; 11. Gewerkschaften und Gewerkschaften; 12. Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Gewerkschaftsorganisation; 13. Die gesetzliche Vertretung der Ar-

beiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. 9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 8. April 1905 an die Generalkommission einzufenden. Zämtliche bis dahin eingegangene Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 22. Mai 1905, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Mai tagen. Die Wahlen der Delegierten werden nach den untenstehenden, von dem vierten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeschrieben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,
C. Legien, Berlin SO. 16, Engel Ufer 15.

Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen.
Der vierte Gewerkschaftskongress, der vom 10. bis 21. Juni 1902 in Stuttgart tagte, befaßte sich bezüglich der Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen folgendes:

„Zur Teilnahme an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verbunden sind, sich zentral zu organisieren. Unter „sämtlichen Zentralorganisationen“ sind alle zentral organisierten Gewerkschaften zu verstehen, welche an dem vorausgehenden Gewerkschaftskongress teilgenommen oder sich später der Generalkommission angeschlossen haben. Berechtigte Lokalorganisationen sind solche gewerkschaftliche Vereinigungen, für welche ein Zentralverband nicht besteht.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind alle solche Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschädigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen und für die übrige Mitgliederzahl, welche 3000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Gewerkschaften, welche weniger als 3000 Mitglieder zählen, wählen einen Delegierten. Der Wahlmodus bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen.

Die Zahlung der Quartalsbeiträge an die Generalkommission soll am Schluß eines Quartals für das verfloßene Quartal erfolgen. Bis zum Monatende ist demnach nur der Beitrag für das erste Quartal 1905 fällig. Es sind jedoch alle an die Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zur Teilnahme an dem Kongress berechtigt, welche ihre Quartalsbeiträge für die erste Hälfte des Jahres 1904 bezahlt haben.

Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben Nürnbergs.

Wie bekannt sein dürfte, hat der Stadt- und Kreis-Verband der hiesigen hiesigen Arbeiter in Besetzung eines noch im voraus Jahre gefassten Versammlungsbeschlusses an den Magistrat den Antrag gestellt, für die einzelnen hiesigen Betriebe Arbeiterausschüsse zu errichten. Es ist dies eine alte Forderung der hiesigen Arbeiter, die nach eigener Aussage des Herrn Oberbauamts Weber im Verlaufe von 2 1/2 Jahren nur weniger als achtmal an den Magistrat gestellt, aber jedesmal mit der merkwürdigen Begründung abgelehnt wurde, „weil der Magistrat nicht erachtet sei, daß die Antragsteller im Namen der Mehrzahl der hiesigen Arbeiter handeln, und weil man der Ansicht sei, daß die hiesigen Arbeiter ihre Wünsche auch ohne solche Ausschüsse an den Magistrat bringen könnten.“ Wie es bei einer solchen Anweisung des Magistrats als der „höchsten Instanz“ den betreffenden Arbeitern ergab, haben wir schon wiederholt durch Beispiele nachzuweisen. Den Arbeitern ist es allerdings nicht verwehrt, ihre Wünsche an den Magistrat zu bringen, wie man ja überhaupt niemandem verbieten kann, irgendwelche Wünsche zu äußern, aber mit der Erfüllung dieser Wünsche ist es so eine eigene Sache. Da wird einfach von dem Pfleger und von dem Leiter des betreffenden Werkes ein Gutachten eingeholt, das meistens die „Wünsche“ der Arbeiter für unbedeutend erklärt, und im Magistrat werden dann die Anträge mit Glanz abgelehnt. Das nennt man dann einen „direkten Verkehr mit seinen Arbeitern“. Der Standpunkt, den der Magistrat allen Gewerkschaften hiesiger Arbeiter gegenüber, die von der Kommission eingereicht wurden, eingenommen hat, war nichts weiter als eine Verletzung des Wahlrechts der Arbeiter. Auch die Errichtung von Arbeiterausschüssen wurde von unserem Verband schon wiederholt gefordert, aber da „der Hiesel“, der Vorsitzende, nicht in hiesigen Diensten steht oder hand, hatte man stets eine billige Ausrede. Als ob der Magistrat überhaupt einen Platz in seinen Diensten dulden würde, der bezieht ist, die hiesigen Arbeiter zu organisieren und eine Verbesserung ihrer Verhältnisse durchzusetzen! Er wäre schon längst als „Hoyer“ auf die Straße gefallen. Nun kommt also der gleiche Antrag von den Stadt- und Kreis-Verband. Auch hier sei, so meinte Herr Oberbauamt Weber, der Magistrat nicht erachtet, daß die Antragsteller im Namen der Mehrzahl der hiesigen Arbeiter sprechen, nach den Verträgen der Leiter der hiesigen Werke sei zudem noch eine größere Anzahl der Arbeiter mit solchen Anträgen

nicht einverstanden, aber trotzdem könne ja einmal ein „Vorentwurf“ zu Sitzungen für solche Ausschüsse aufgestellt werden. Der Entwurf könne dann von den Referenten, Pflegern und Betriebsleitern vorgeprüft und dann einem aus Mitarbeitern beider Stellen zusammengesetzten Ausschuss vorgelegt werden, um zu beschließen, ob, wie viele und nach welcher Richtung solche Ausschüsse errichtet werden sollten. Herr v. Zahn, der bei früheren Beratungen Anträgen niemals Worte fand, um für sie einzutreten, legte sich diesmal ungewohnter Weise dafür ins Zeug, daß dieser Ausschuss zur Vorbereitung sofort eingesetzt werde. Solche Arbeiterausschüsse seien nicht nur eine Zeitforderung, sondern könnten auch für die Arbeiter nutzbringend wirken. Seinem Vorschlage gemäß wurde sofort eine Kommission eingesetzt, die aus den Referenten und Pflegern der hiesigen Betriebe besteht und zu der das Gemeindefolkium ebenfalls eine Anzahl Herren entsenden soll. Was nun die Kommission zutage fördern wird, muß man nun erst abwarten, hervorgehoben zu werden verdient aber jetzt schon, daß nicht davon die Rede war, auch die Arbeiter mit zu Beratungen heranzuziehen, und die sind doch bei der ganzen Geschichte schließlich die Hauptpersonen. Keiner muß darauf hingewiesen werden, daß der Magistrat seinen parteipolitischen Standpunkt in dieser Sache sehr unverhüllt offenbart hat. Der Verband hiesiger Arbeiter hat, wie schon dargestellt, den gleichen Antrag wiederholt gestellt, wurde aber jedesmal abgewiesen, weil nicht nachgewiesen war, daß der Verband im Namen der Mehrzahl der Arbeiter sprach. Nun gehören die organisierten hiesigen Arbeiter in der übergebenen Mehrheit der genannten Organisation an, während die Stadt- und Kreis-Verbande nur ein paar Mäntlein zählt und deshalb also noch viel weniger ein Recht hatte, im Namen der hiesigen Arbeiter zu sprechen. Selbstverständlich wollen wir damit nicht sagen, daß nunmehr der Antrag ungerichtet wäre, wir treten vielmehr nach wie vor mit aller Entschiedenheit für denselben ein, aber es ist unsere Pflicht, zu konstatieren, daß der freiwillige Magistrat auch in solchen Fällen parteipolitische Rücksichten walten läßt und die vom Reichum ausgehenden Stadt- und Kreis-Verbande bevorzugt, obwohl sie in Nürnberg gegenüber den modernen Gewerkschaften eine ganz verschwindende Rolle spielen. Als der Verband hiesiger Arbeiter seinen ersten Antrag einreichte, konnte dieser sicherlich nicht milder als heute als eine „Zeitforderung“ betrachtet werden.

Rus unierer Bewegung.

Berlin. Mitgliederversammlung am 22. März in Träfels Restfalten. Kollege Wehrlein-Preslau referierte über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.“ Ausgehend von der oft beobachteten Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen, wo dieselben groß und stark in Erscheinung treten, seitens vieler Arbeitgeber eine gewisse Anerkennung verzeichnen können, konstatierte der Referent, daß dieses erfreuliche Zeichen der Zeit bei den Stadtverwaltungen und den Gemeindevorständen leider noch nicht zu bemerken ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse innerhalb unseres Verbandes bei der Agitation eine regere Mitarbeit Platz greifen. Mehr Aufklärung, mehr Wissen auf allen Gebieten des Lebens, rege Anteilnahme an jeder Bewegung der öffentlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse. Das alles zusammen würde die Mitglieder befähigen, für die Forderungen und Ziele der modernen Arbeiterbewegung eifrig Werber zu sein, während sie sich heute meistens damit begnügen, ein Verbandsbuch zu besitzen und Beiträge zu zahlen. Dann würden auch die Gemeindevorstände ihre Forderungen, betreffend Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzung usw., durchsetzen können. Wird schon durch die Gewerkschaftsbewegung das Selbstbewußtsein der Arbeiter gestärkt, indem sie nicht mehr willenlose Werkzeuge der Arbeitgeber sind, so würden bei Erringung besserer materieller Lebenshaltung auch die geistigen Fähigkeiten der Arbeiterklasse gehoben und das sei vor allem die Kulturaufgabe der Gewerkschaften. Mehrere Kollegen sprachen in der Diskussion ihre völlige Hebereimstimmung mit dem Vortrage aus. Hierauf fand die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt. Es erhielten Stimmen: Schönberg Hamburg 311, Schäfer-Mainz 255, Altwater-Stuttgart 380, Niebig-Berlin 290, Dittmer-Berlin 205, Völkner-Dresden 128, gesplittert 22 Stimmen. In der darauf folgenden Wahl eines Sekretärs für das Ortsbureau wurde auf Vorschlag der „Erweiterten Verwaltung“ Kollege Wehrlein-Preslau mit 249 gegen 78 Stimmen gewählt. Kollege Timmer forderte zum Schluß die Kollegen energisch auf, falls der Magistrat von Berlin die Forderungen der hiesigen Arbeiter ignorieren sollte, dem Huse der Leitung ebenso zahlreich Folge zu leisten wie am 1. März. Mit einem donnernden Hosi auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin 1a. (Gasarbeiter Tagung) Wesentliche Versammlung 9. März. Der Bericht war nicht besonders gut, so daß das wahre Wort sei: die Kollegen glauben, wenn sie nur Verbandsmitglied sind, haben sie ihre Pflicht erfüllt, während doch die Statuten klar und deutlich vorschreiben, daß jedes Verbandsmitglied verpflichtet ist die Versammlungen so viel wie möglich zu besuchen und nach Kräften für den Verband zu agitieren. Dies würde den Kollegen aus Herz gelegt und diejenigen, welche nicht anwesend waren, wollen sich dies zu Herzen nehmen.

Nach Eröffnung der Versammlung hielt Kollege Dittmer einen lehrreichen Vortrag über „Soziale Streitigkeiten“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Sodann wurde über die Wahl des Arbeiter Ausschusses beraten, wir kamen zu der Erkenntnis, daß uns nur durch tüchtige Vertreter im Arbeiter-Ausschuss geholfen werden kann, wenn wir aus Ziel kommen wollen und wurden dementsprechend Beschlüsse gefaßt. Auch wurde die gelegentliche Errichtung einer Unterstützungsliste erwogen. Dann wurde über verschiedene Mißstände auf Anstalt IV diskutiert, besonders über das Strafsystem, welches dort herrscht. Auch wurde von Kollegen bedauert, daß auf Anstalt IV, 3, 2 der größten Berlins, leider der größte Teil der Kollegen, auch der organisierten, noch die sogenannten Wurfblätter lese, während sie doch wissen müßten, daß den Arbeitern nur die Arbeiterpresse frommen kann. Es wurde betont, daß die organisierten Arbeiter noch viel zielbewußter und energischer auftreten müßten. Darauf wurde wegen der Monatspende am 18. März debattiert, bei dieser Gelegenheit führte Kollege Dittmer aus, daß es zwar sehr schön wäre wenn die März-gesellschaften mit einem Kranz geehrt würden, aber nicht nur durch äußere Zeichen, sondern auch innerlich, das heißt, durch Beitreten zur politischen Organisation, sollen wir unsere Gefinnung betätigen. Als erfreulich wurde konstatiert, daß unsere Sektion im hiesigen Stadion begriffen ist. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin IV (Englische Gasanstalten). Am 12. März hielten die Kollegen von Nieder Schöne weide ihre regelmäßige Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Polenske über „Streits und Ausschreitungen im Jahre 1901“. Als zweiter Punkt stand die Gründung einer Partei zur Diskussion. Die Heberhöfische dieser Partei sollen dazu dienen, den erkrankten Mitgliedern eine Unterstützung in bestimmter Höhe und für bestimmte Zeit zu gewährleisten. Nach einer sehr lebhaften Diskussion gelangten folgende Punkte zur Annahme: 1. Als Grundlage zahlt jedes Mitglied einen Beitrag von 50 Pf., welcher der Partei verfällt. 2. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt, sobald der Fonds die Höhe von 60 Mk. erreicht hat. 3. Betrag der Fonds weniger als 40 Mk., so wird pro Mitglied und Woche ein Beitrag von 10 Pf. erhoben. 4. Die Unterstützung beträgt pro Woche 3 Mk. 5. Die Dauer des Bezuges ist 13 Wochen. 6. Weitere Unterstützungen werden laut Versammlungsbeschluss gewährt. Sodann wurde wieder lebhaft über das wenig kameradschaftliche Verhältnis unter den Kollegen Klage geführt. Zum Teil kommt das wohl auch daher, daß in diesem kleinen Betriebe nicht weniger als vier verschiedene Organisationen vertreten sind. Kollege Polenske rät, alle persönlichen Streitigkeiten ruhen zu lassen und vor allen Dingen dahin zu streben, alle tatsächlichen Streitpunkte nur in der Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Wir als Arbeiter haben es mehr als je nötig, Hand in Hand zu arbeiten, um unseren Arbeitgebern resp. Vorgesetzten nicht das Bild einer unter sich uneinigen Arbeiterschaft zu geben.

Betrieb Schöneberg und Bülowstraße. Betriebsversammlung am 29. März. Kollege Dittmer hielt einen längeren Vortrag über „Nationalökonomie und Arbeiterkraft“. Nachdem wurden einige Betriebsmißstände erörtert. Insbesondere wurde geflagt, daß die meisten Mohrlager während der Nacht mit nur einem Helfer arbeiten müßten; zwei seien doch von der Direktion bewilligt worden. Nach Erledigung weiterer Verbandsinteria erfolgte Zerschlagung der Versammlung.

Betrieb Ober Schöne weide. In der am 16. März abgehaltenen Versammlung hielt Kollege Hoffmann einen kurzen Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt über das Verhalten der Vorgesetzten denjenigen Kollegen gegenüber, welche für den Verband agitieren. Den Neueintretenden wird geflagt, sie sollen jeden melden, welcher sie zum Eintritt in den Verband auffordert. Auch läßt das solidarische Verhalten einzelner Kollegen noch zu wünschen übrig.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute in Ober Schöne weide versammelten Arbeiter der Engl. Gas Gesellschaft erklären es als Pflicht eines jeden Arbeiters, sich seiner Gewerkschaftsorganisation anzuschließen. Sie versprechen, unentwegt dafür einzutreten, daß jeder Kollege dem Verbands der städtischen Arbeiter beitrete. Der Arbeiter Ausschuss wurde beauftragt, vorkünftig zu werden, wegen Forderung von Anträgen beim Leitenden von Ibeervortagen, sowie Verabreichung einer Heberhöfische für diese Arbeit.

Sodann wurde die Errichtung einer Unterstützungsliste befohlen und allseitig beschworen. Desweiteren Beschluss soll in der nächsten Versammlung gefaßt werden.

Trotz strengen Verbots der Direktion läßt Herr Inspektor Prinz immer noch Überredungen machen, deren Verabreichung dann recht oft Schwierigkeiten bereitet. Nachdem noch verschiedene Mißstände befohlen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Berlin Friedrichshagen. Die Arbeiter und Unterangestellten der Gemeinde Friedrichshagen sind noch immer nicht organisiert. In dieser Nummer bringen wir einen Bericht aus dem Friedrichshagener Gemeinderat und bei dieser Gelegenheit wollen wir unsere Friedrichshagener Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie die Vorteile, die dort befohlen wurden, außer dem entschiedenen Auf-

treten der Arbeitervertreter, auch der Vorarbeit unseres Verbandes zu danken haben. Darum organisiert Euch und geht zu unserem Vertrauensmann, dem Kollegen Meives, Maßendorferstraße 26.

Berlin-Schöneberg. Am 12. März tagte eine Versammlung der Sektion Schöneberg bei Ebst, die besser hätte besucht sein können. Der Stadtverordnete Müller referierte über die Frage: „Warum müssen wir uns organisieren?“ In eingehender Weise legte der Redner dar, daß der einzelne Arbeiter machtlos ist, dagegen eine gemeinsam operierende Masse eine Macht bilde. In der Diskussion wurden eine Menge Mißstände zur Sprache gebracht, welche zeigten, daß das Arbeitsverhältnis der Schöneberger Gemeindegewerkschaft aus dem roffenen ist. Bei Punkt 2 — Wahl der Sektionsleitung — wurden die Kollegen Burmeister, Mehlis und Fiege in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt. Sodann wurde noch lebhaft diskutiert über die Ausbreitung unserer Organisation. Man war allgemein der Ansicht, daß jeder Kollege für die mögliche Ausbreitung derselben sorgen müßte. Ferner stimmte man einem Vorschlag, künftig die Frauen mitzubringen, lebhaft zu, um nach Zerschlagung der Versammlung noch ein paar Stunden der gemüthlichen Unterhaltung zu pflegen.

München i. Bayern. Die Kollegen hielten in einer gut besuchten Versammlung im Saalbau am Sonntag einen Müddel auf die Beschlüsse der gemeindlichen Kollegen zu der Eingabe, welche sie durch ihre Organisation an die Stadt gerichtet hatten. Bei Anerkennung der Verbesserung, welche die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter zuzusetzen wurde, bedauerte die Versammlung lebhaft die Ablehnung des geforderten Mindestlohnes von 17 Mk. pro Woche. Die Erfahrungen, welche bisher schon die Gemeindegewerkschaft mit ihren Eingaben an die Stadt machten, kommen bei der letzten Eingabe wieder beobachtet werden. Einfach werden die Eingaben in die Akten gelegt, um sie mit dem neuen Gepräge, als ob Änderungen aus eigener Initiative der Stadt gemacht würden, wieder erheben zu lassen. Dadurch wird die Erledigung der Eingaben verzögert und auch diesmal zeigte sich wieder, daß die Lohnregulierung der städtischen Arbeiter nicht bei der Staatsberatung behandelt wurde, obwohl die Eingabe 4 Monate früher eingereicht wurde, damit sie bei der Staatsberatung in Betracht gezogen werde. Da zum Heberhöfisch noch jedes einzelne Mitglied der städtischen Kollegen einen Abend der Eingabe erhielt, erweckt es den Anschein, als ob es an dem nötigen guten Willen fehle, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen. Weil auch andere Kategorien mit ihren Gesuchen abgewiesen wurden, brandete man das Gleiche nicht bei den Arbeitern zu machen. Die Polizeimannschaft hatte in ihrer Eingabe dem Magistrat eine Aufstellung gemacht, daß eine vierköpfige Familie zu ihrem Lebensunterhalt 148,92 Mk. im Jahre braucht. Von den Gemeindegewerkschaften wurden nur 884 Mk. verlangt und trotzdem wurde diese Forderung als „innerlich nicht begründet“ bezeichnet. Das, was den Arbeitern im städtischen Bauamt und der Stadtgärtnerei im Winter als Lohn bezahlt wird, gibt der Quadrantenverband als Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder. Angesichts der Teuerung, die jetzt für die notwendigsten Lebensmittel herrscht, bleibt gar nichts anderes übrig, als erneut die gleiche Eingabe um Gewährung eines Minimallohnes von 17 Mk. an die Stadt zu richten. Folgender Resolution wurde von der Versammlung einstimmig beigegeben: „Die heute im Saalbau stattfindende öffentliche Gemeindegewerkschaftsversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie findet es kurios, wenn die Stadt von den Unternehmern ortsübliche Tagelöhne verlangt und von ihr dieselben nicht bezahlt werden. Die Versammlung bedauert, daß die Eingabe, die rechtzeitig an die Kollegen gelangt ist, so heimtücklich behandelt wurde. Die Versammlung erklärt, daß nur durch den Anschluß sämtlicher städtischer Arbeiter an den Gemeindegewerkschaftsverband der Verband als Maßstab auftritt und dadurch die Lebensverhältnisse der städtischen Arbeiter entschieden schneller verbessern kann.“

Hamburg. Mitgliederversammlung am 16. März in der „Kesselhalle“, Gänsmarkt 35. Der Kollege Schöneberg sprach über die Bedeutung des fünften deutschen Gewerkschaftstages. In einmündiger Rede behandelte er zunächst die bedeutungsvollen Arbeiten der ersten vier in Halberstadt, Berlin, Frankfurt a. M. und Zinnart stattgehabten Gewerkschaftstages. Die dort geführten Verhandlungen hätten nicht wenig dazu beigetragen, die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung zu einer der mächtigsten Kräfte unseres öffentlichen Lebens zu machen. Um dieses zu erreichen, hatte er mit der uralten Meinervereinsmeierei aufgeräumt und die gemeinsame Einheit innerhalb der Bewegung selbst geschaffen werden müssen. Ein solches Bild bieten die Zentralorganisationen. Und wie wichtig es war, dieser Kern der Organisation auf dem stonereich in Halberstadt den Vortag zu geben, ergibt sich aus dem kühneren Wagnis der Bewegung. Vor jeder Zeit waren nur ein paar Hunderttausend Arbeiter in Deutschland gewerkschaftlich organisiert, und diese infolge ihrer eigenen Unmündigkeit und Zerstückelung ohne jeden nennenswerten Einfluß auf den Gang der Geschichte der Arbeiterklasse. Gegenwärtig aber bilden die unzähligen Gewerkschaften weit über eine Million Mitglieder; sie haben in ihrer Selbstbewußtheit und Wahrnehmung ihrer Rechte eigene Organe und Einrichtungen, die auch die wertvollste Mitarbeit zur Gesundung des

Einnahmen und Ausgaben der filialen respektive (1. Oktober 1904 bis

Laufende Nummer	Filiale	Bei der Hauptklasse eingegangen am	Einnahme																				
			Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgelder für männliche Mitglieder		Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für männliche Mitglieder		Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für pensionierte Mitglieder		Delegiertensteuern		Extrasteuern der Filialen		Sonstige Einnahmen		Summe der Einnahme		
			RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	
1	Darmen	4. 1. 05	—	—	17	—	—	—	161	20	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	181	50	
2	Berlin	26. 1. 05	1200	27	203	50	6	75	8061	20	255	15	24	—	401	20	2222	05	1316	40	14680	52	
3	Brandenburg	21. 1. 05	—	—	—	—	—	—	96	20	—	—	—	—	5	40	—	—	—	—	124	41	
4	Bremen	10. 1. 05	426	77	11	50	—	—	512	40	—	—	—	—	20	20	64	90	—	—	1035	77	
5	Breslau	20. 1. 05	156	16	92	—	—	—	352	40	—	—	—	—	8	70	62	25	—	—	611	51	
6	Cafjel	17. 1. 05	4	62	6	50	—	—	195	80	—	—	—	—	7	70	—	—	14	63	229	25	
7	Cemnitz	11. 1. 05	30	18	6	—	—	—	305	—	19	35	—	—	14	90	—	—	2	82	379	—	
8	Cöln a. Rh.	9. 2. 05	—	—	8	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	
9	Dresden	18. 1. 05	314	97	49	—	—	—	1948	80	—	90	—	80	78	70	487	20	182	25	3062	87	
10	Elberfeld	18. 1. 05	21	18	14	—	—	—	187	20	—	—	—	—	5	30	—	—	—	—	227	68	
11	Erlurt	20. 1. 05	39	50	4	—	—	—	145	80	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	194	80	
12	Erlangen	17. 2. 05	5	—	1	50	—	—	75	20	—	—	—	—	2	50	—	—	—	—	84	20	
13	Frankfurt a. M.	24. 1. 05	425	19	36	50	—	—	379	20	—	—	—	—	20	20	196	20	—	—	1066	20	
14	Freiburg i. B.	13. 1. 05	35	63	8	—	—	—	140	80	—	—	—	—	5	60	15	80	143	46	349	29	
15	Münch i. Bayern	12. 1. 05	214	17	9	—	—	—	371	60	—	—	—	1	10	12	70	91	85	10	700	52	
16	Gera, R. j. L.	14. 1. 05	35	23	6	—	—	—	53	40	—	—	—	—	2	60	—	—	8	50	105	78	
17	Gotha	2. 1. 05	13	20	2	50	—	—	49	10	—	—	—	—	2	80	—	—	—	—	67	90	
18	Höppingen	19. 1. 05	146	47	—	—	—	—	36	40	—	—	—	—	1	40	9	10	5	70	199	07	
19	Hörlig	17. 1. 05	52	54	—	50	—	—	26	20	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	80	24	
20	Halle	10. 1. 05	101	22	3	50	—	—	159	40	—	—	—	—	5	70	39	85	—	—	309	67	
21	Hamburg	31. 1. 05	1867	41	108	—	—	—	3975	—	5	70	—	—	179	70	1000	95	280	44	7417	20	
22	Heidelberg	19. 1. 05	48	85	1	—	—	—	81	80	—	—	—	—	4	—	—	—	—	10	135	75	
23	Heilbronn	9. 1. 05	123	60	3	—	—	—	214	20	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	344	10	
24	Marlsruhe	30. 1. 05	—	—	68	—	—	—	167	80	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	242	80	
25	Miel	13. 1. 05	104	61	16	—	—	—	212	40	—	—	—	—	9	60	46	30	3	21	392	12	
26	Leipzig	21. 1. 05	445	43	34	50	—	—	1018	40	—	—	—	—	42	20	—	—	65	58	1606	11	
27	Ludwigshafen a. Rh.	16. 1. 05	15	47	1	—	—	—	23	40	—	—	—	—	—	80	—	—	—	—	40	07	
28	Magdeburg	11. 1. 05	897	35	7	—	—	—	617	60	—	—	—	—	8	40	22	20	8	70	1576	85	
29	Mainz	20. 1. 05	220	61	23	50	—	—	949	60	7	60	—	—	9	90	29	40	90	90	75	1346	41
30	Mannheim	10. 1. 05	460	62	36	50	—	—	442	20	—	—	—	—	15	80	108	10	83	84	1141	46	
31	Mühlhausen i. Elsaß	18. 1. 05	40	75	18	—	—	—	243	20	8	—	—	—	2	80	5	30	60	87	382	92	
32	München	12. 1. 05	83	17	97	—	—	—	633	80	—	15	—	—	9	50	21	10	—	—	888	97	
33	Nürnberg	21. 1. 05	128	12	21	—	—	—	875	—	—	—	—	—	29	—	218	75	115	60	1387	47	
34	Offenburg	31. 1. 05	—	—	12	50	—	—	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	50	
35	Pforzheim	25. 1. 05	68	98	11	—	—	—	145	20	—	—	—	—	4	70	—	—	—	—	224	88	
36	Stettin	19. 1. 05	249	39	30	—	—	—	576	20	—	—	—	—	1	10	24	90	33	15	926	74	
37	Strasbourg i. Elß.	17. 1. 05	2	45	10	50	—	—	173	40	—	—	—	—	8	20	—	—	4	—	198	55	
38	Stuttgart	25. 1. 05	2175	47	27	—	—	—	1744	80	—	—	—	—	10	60	89	—	436	20	4081	61	
39	Niesbaden	3. 1. 05	261	38	20	—	—	—	354	40	—	—	—	—	11	90	16	95	27	73	692	36	
40	Wetzburg	16. 1. 05	87	94	—	—	—	—	65	80	—	—	—	—	1	—	—	—	17	70	172	44	
41	Widau	4. 1. 05	24	99	3	—	—	—	40	40	—	—	—	—	2	70	—	—	—	—	72	54	
42	Einzelmitglieder	2. 1. 05	—	—	24	—	—	—	230	—	57	—	—	—	11	40	—	—	63	65	390	80	
Summe . .			10545	60	1077	—	13	—	26091	40	349	95	57	20	1130	60	5095	90	2601	82	47952	47	

Anmerkung: Neuerrichtet wurden die

Rekapitulation für

1. Quartal	—	—	—	809	3	25	2247	35	157	05	13	90	738	20	941	60	2756	05	27466	40		
2. Quartal	—	—	—	721	50	15	75	21443	70	205	20	34	10	818	—	2598	80	1848	95	27686	—	
3. Quartal	—	—	—	867	—	30	50	22131	10	383	85	30	40	720	50	1397	30	1639	52	36290	17	
4. Quartal	—	—	—	1077	—	13	—	26091	40	349	95	57	20	1130	60	5095	90	2601	82	37406	87	
Summe . .				3474	50	62	50	92613	55	1096	05	135	60	3407	30	13093	60	8036	34	122759	44	
								Hierzu der Massenbestand in den Filialen am 1. Januar 1904 . .													8231	72
								Gesamtsumme . .													130091	16

Volkswohles leisten und selbst den Feinden Respekt einflößen. Diesem Einfluß konnte sich auch die Regierung nicht entziehen. Auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart waren bereits die deutsche Reichsregierung wie auch die württembergische Landesregierung vertreten. Diese Entwicklung zu fördern haben die Arbeiter alle Ursache. Sie mühen deshalb an den Verhandlungen des fünften deutschen Gewerkschaftskongresses den lebhaftesten Anteil nehmen. Und wichtige Fragen stehen dort zur Beratung. Der Redner läßt die einzelnen Punkte: Agitation, Streikunterstützung, Heimarbeit, Kost- und Logisfrage beim Arbeitgeber, Zentralarbeitssekretariat, Generalstreik, Raiffeisen, Gewerkschaften und Genossenschaften, Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiter-

kammern Revue passieren und präzisiert seine Stellungnahme dazu. Die Parole eines jeden Delegierten zum Kongress werde lauten müssen: Dem Monarchen und sozialen Fortschritt die Bahn freilassen. Die Wahlen der Delegierten für den fünften deutschen Gewerkschaftskongress ergaben folgendes Stimmverhältnis: S a d o n b e r g 258, S c h a f e r - M a i n z 202, A l t b a t e r - S t u t t g a r t 219, F i e d i g - V e r l i n 219, D i t t m e r - V e r l i n 33, F i s c h e n D r e s d e n 59. — Der Antrag, auch in diesem Jahre eine 25 Pf. Rainmarke, und zwar obligatorisch einzuführen, wurde einstimmig angenommen. Für die ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Kollegen W. und P.-g. wurden an Unterstützung 15 bzw. 20 Mk. bewilligt. — Am 6. Mai d. J. soll im „Hamburger Volkshaus“, Neustädterstraße 41,

größerer Einzelmitgliedschaften im 4. Quartal 1904. (31. Dezember 1904.)

Ausgabe														Zahl der Mitglieder							
Verwaltung	Agitation	Unterstützung aus lokalen Mitteln		Beiträge für das örtliche Gewerkschaftsamt und Arbeitersekretariat		Bildungsmittel		Sonstige Ausgaben		An den Verbandsvorstand gefandt		Summe der Ausgabe		bleibt in der Filialenliste Bestand		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	laufende Nummer	
		Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.	Gr.	Fl.						
27	05	13	00	—	—	—	—	—	—	127	76	160	61	11	89	94	72	22	—	1	
3095	82	418	20	—	—	560	15	828	07	6861	67	11772	99	2007	61	4412	4028	384	—	2	
13	69	17	—	—	—	—	—	—	—	65	20	95	89	28	52	38	37	1	—	3	
124	90	—	—	10	—	64	47	—	—	373	30	578	87	456	90	314	307	7	—	4	
75	22	54	15	—	—	30	—	10	—	275	63	445	—	166	51	312	290	22	—	5	
39	92	17	50	10	—	—	—	—	—	150	—	217	42	11	83	93	80	13	—	6	
103	21	12	80	—	—	5	—	—	—	237	88	358	89	20	11	131	131	—	—	7	
2	85	—	—	—	—	—	—	5	20	10	80	18	85	1	15	13	—	—	—	8	
708	67	185	—	12	—	80	—	15	25	1428	29	2379	21	683	66	870	820	50	—	9	
17	95	18	—	—	—	7	20	—	—	144	10	187	25	40	43	98	116	—	18	10	
12	05	2	—	—	—	5	50	—	—	106	70	126	25	68	55	62	57	5	—	11	
28	69	—	—	—	—	—	—	—	—	54	14	82	83	1	37	28	31	—	3	12	
76	51	20	50	200	—	90	—	6	50	318	50	747	01	319	28	291	293	—	2	13	
13	85	8	—	2	—	6	—	—	70	107	47	138	98	210	31	68	59	9	—	14	
74	45	6	—	10	—	13	20	—	—	270	25	887	90	312	62	149	139	10	—	15	
7	68	2	35	8	50	5	40	—	—	44	20	68	08	37	65	30	18	—	—	16	
—	—	1	90	—	—	—	—	—	—	98	23	40	13	27	77	21	16	5	—	17	
1	—	3	57	—	—	8	—	—	—	25	67	49	64	149	43	20	21	—	—	18	
2	15	1	20	—	—	—	—	—	—	18	97	22	32	57	92	11	15	—	—	19	
20	88	—	—	—	—	20	—	5	35	115	27	161	50	148	17	70	82	—	—	20	
1580	02	95	95	200	—	226	65	—	—	2941	70	5052	32	2364	88	2033	1857	176	—	21	
11	70	2	50	4	—	7	50	—	—	60	84	96	59	39	16	32	43	—	—	22	
32	50	—	—	5	—	12	80	—	—	149	10	196	80	147	30	103	106	—	—	23	
1	05	5	—	5	—	22	10	—	—	174	56	208	41	34	39	126	—	126	—	24	
40	72	—	—	—	—	22	10	—	—	167	20	291	62	100	50	109	85	24	—	25	
812	87	10	50	25	—	29	25	—	—	755	64	1433	26	172	85	428	388	40	—	26	
4	70	—	—	—	—	0	—	—	—	12	98	28	18	12	49	31	20	2	—	27	
84	46	4	90	55	—	27	10	—	—	443	33	649	79	927	06	274	271	3	—	28	
188	17	86	56	—	—	18	—	—	—	607	56	1002	20	844	12	495	462	33	—	29	
144	77	12	14	15	—	28	16	—	—	847	10	596	32	545	14	187	146	41	—	30	
73	34	44	70	—	—	20	35	—	—	180	83	368	22	14	70	254	234	20	—	31	
105	56	43	10	—	—	48	80	—	—	543	32	769	06	69	91	424	228	196	—	32	
351	80	4	86	—	—	9	90	—	—	633	33	1091	11	296	36	849	833	16	—	33	
—	50	—	—	—	—	2	25	—	—	37	17	39	92	9	58	25	—	—	—	34	
41	46	8	—	—	—	—	—	—	—	112	50	161	96	62	92	94	80	—	—	35	
155	30	16	—	20	—	—	—	—	—	452	63	650	78	275	96	286	309	—	—	36	
45	09	—	—	—	—	9	90	—	—	134	30	189	29	9	26	113	92	21	—	37	
352	36	20	65	636	50	100	65	—	—	1286	27	2413	93	2247	68	822	802	20	—	38	
33	37	13	80	—	—	29	79	—	—	269	40	346	36	346	—	180	144	36	—	39	
7	80	—	60	—	—	—	—	—	—	44	86	58	26	114	18	50	53	—	—	40	
3	90	—	—	—	—	—	—	—	—	83	69	45	59	26	95	28	23	5	—	41	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	390	80	390	80	—	—	158	167	—	—	42	
8018	83	1151	32	1308	—	819	06	670	28	1509	77	20652	14	34129	40	13823	07	13726	12464	1351	89

Mitgliedschaften Köln a. Rh., Karlsruhe und Offenburg.

das Geschäftsjahr 1904.

7008	36	875	42	1770	83	577	25	147	70	703	32	15801	65	26884	53	—	11008	10393	615	—	
7335	61	1145	73	1049	15	952	38	196	50	761	37	15943	30	27384	04	—	11425	11008	417	—	
6677	27	1020	65	1397	95	1075	50	151	94	1696	78	16750	03	28770	12	—	12464	11425	1039	—	
8018	83	1151	32	1308	—	819	06	670	28	1509	77	20652	14	34129	40	—	13726	12464	1262	—	
20040	07	4193	12	5525	93	3424	19	1166	42	4671	24	69147	12	117168	09	—	—	—	—	3333	—
Dazu der Kassenbestand in den Filialen am 1. Januar 1905 . . .													13823	07							
Gesamtsumme . . .													130991	16							

ein großes Maifest abgehalten werden. Darauf schließt der Vorsitzende die Versammlung, die in bester Stimmung auseinandergeht.

München. Öffentliche Versammlung am 12. März im oberen Saale des Colosseum. Kollege Krämmer sprach über die Lage der rechtlichen Arbeiter und die Bedeutung des Bürgerrechts für dieselben.

Medner führte aus: Die Stadtgemeinde München beschäftigt ca. 4000 Arbeiter, von welchen ca. 1400 als ständig in Betracht kommen. Von diesen Arbeitern haben 65% eine Dienstzeit von mehr als 10 Jahren hinter sich, ein Beweis, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben, sonst würde man sie eben nicht so lange behalten haben. Mit dieser Pflichterfüllung haben sich die Arbeiter aber auch das Recht einer

anständigen Behandlung und ausreichenden Entlohnung erworben, in welchen Punkten es aber des öfteren bedenklich hapert.

Beispielsweise die Gasanstalt ist in München der einzige Betrieb, der noch eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden hat und dennoch werde hier die schwerste Arbeit, welche überhaupt geleistet wird, bei 60° Hitze vollbracht.

Die Folge davon ist eine enorm große Krankheitsziffer (auf ca. 800 Arbeiter trafen im letzten Jahre ca. 8000 Krankheitsfälle) und ein frühes „Verbrauchssein der Arbeiter“. Diese Tatsachen werden uns erschreckend klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß im heurigen Winter an einem Tage von den ca. 70 Lenarbeitern des Gaswerkes Kirchstein 37 krank waren; 8 von diesen mußten die Lungen

Abrechnung der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1904.

Einnahme:

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamtsumme		
	RM.	PF.									
An Eintrittsgeldern	812	25	737	25	897	50	1090	—	3537	—	
„ Mitgliederbeiträgen	14250	50	14382	55	15120	23	18366	84	62129	12	
„ Delegiertenreisen	738	20	818	—	720	50	1130	60	3407	30	
„ Protokollen vom Verbandstag	310	15	2	70	40	70	4	80	358	85	
„ Zinsen	—	—	—	—	—	—	84	05	84	05	
„ Sonstigen Einnahmen	70	10	62	90	170	23	112	05	424	24	
Summa	16181	20	16003	40	16907	16	20780	24	60941	—	
Hierzu der Bestand vom 4. Quartal 1903										21945	26
Summa										61886	26

Ausgabe:

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamtsumme	
	RM.	PF.								
Für Sterbenunterstützung	540	—	720	—	450	—	880	—	2590	—
„ Zirkelunterstützung	—	—	—	—	101	85	30	—	131	85
„ Gemahregeltenunterstützung	642	70	1053	01	395	—	244	—	2334	71
„ Bewachung	74	50	176	99	103	40	178	87	533	76
„ Agitation	3512	65	3337	95	4317	15	5549	44	16717	19
„ Teilnahme an Konferenzen und Kongresse	7	—	401	30	174	50	73	40	656	20
„ Beitrag an die Generalkommission	332	64	329	92	335	16	349	20	1346	92
„ „Die Gewerkschaft“	3325	—	4033	81	3161	95	3545	60	14066	38
„ Literatur	99	62	122	59	72	22	66	07	361	40
„ Inventar	590	88	488	40	44	65	480	50	1604	43
„ persönliche Verwaltungskosten:										
Gehälter	1743	08	1794	08	1844	08	1845	82	7220	76
Sitzungsgelder	51	—	40	75	54	25	59	75	205	75
Versicherungsbeiträge	92	55	106	40	121	66	121	14	441	05
„ sächliche Verwaltungskosten:										
Druckkosten	850	50	70	40	2317	15	1704	—	4942	05
Bureauutensilien	246	29	253	25	198	65	241	75	879	94
Stempel	5	10	5	55	13	95	3	50	28	10
Porto	127	29	154	56	829	13	165	18	770	16
Büraummiete, Heizung, Feizung und Beleuchtung	331	78	450	79	427	59	570	19	1780	35
„ sonstige Ausgaben	38	12	16	78	114	10	8	—	172	—
Summa	12611	60	13557	43	14511	54	10112	31	66792	83

Ab schluß:

Einnahme	61 886,26 RM.
Ausgabe	56 792,88 „
Reibt Bestand	35 093,38 RM.

G. K h m a n n, Hauptkassierer.

Berlin den 18. März 1905.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren:

Karl Schabel.

Richard Niebling.

G. Mehrwald.

Mitglieder-Bewegung im Jahre 1904.

	Buchmäßige Mitglieder				Zahlende Mitglieder zu 13 Wochenbeiträge gerechnet				Die zahlenden Mitglieder ergeben an % der Buchmäßigen Mitglieder?
	Zu Beginn des Quartals	Zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	Zu Beginn des Quartals	Zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	
1. Quartal	10393	11008	615	—	8316	8248	—	68	74,93
2. Quartal	11008	11425	417	—	8248	8379	131	—	73,34
3. Quartal	11425	12461	1039	—	8379	8730	351	—	70,01
4. Quartal	12461	13726	1262	—	8730	10605	1875	—	77,26
Gesamt Zunahme 3333 Mitglieder = 32,07 %					Gesamt Zunahme 2289 Mitglieder = 27,52 %				

Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1904.

Einnahme:	
An Bestand	30 416,45 M.
Eintrittsgeldern	1 000,— "
Mitgliederbeiträgen	18 306,84 "
Delegiertensteuern	1 130,00 "
Protokollen vom Verbandstag	4,80 "
Zinsen	84,05 "
sonstigen Einnahmen	112,05 "
Summa	51 205,60 M.
Ausgabe:	
Für Sterbeunterstützung	880,— M.
Streitunterstützung	30,— "
Gemahregelunterstützung	244,— "
Rechtschutz	178,87 "
Agitation	5 549,44 "
Teilnahme an Konferenzen	73,40 "
Beitrag an die Generalkommission (3. Qu. 1904)	349,20 "
"Die Gewerkschaft"	3 545,00 "
Literatur	66,97 "
Inventar	480,50 "
persönliche Verwaltungskosten:	
Gebälter	1 845,82 M.
Sitzungsgelder	59,75 "
Versicherungsbeiträge	121,14 "
Summa	2 026,71 "
sächliche Verwaltungskosten:	
Druckkosten	1 704,— zfl.
Bureaukosten	241,75 "
Stempel	3,50 "
Porto	166,18 "
Bureauanteile, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	570,19 "
Summa	2 684,62 "
sonstige Ausgaben	3,— "
Summa	16 112,31 M.
Abchluss:	
Einnahme	51 205,60 M.
Ausgabe	16 112,31 "
bleibt Bestand	35 093,29 M.

Berlin, den 18. März 1905

G. A. Mann, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren

Carl Schabel, Gustav Mehrwald, Rich. Kießling.

Zusammenstellung

über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 4. Quartal 1904.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	47 952,47 M.
Einnahme des Vorstandes	30 553,55 "
Summa	78 506,02 M.
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	13 477,26 M.
Ausgabe des Vorstandes	16 112,31 "
Summa	29 589,57 M.
Abchluss:	
Gesamteinnahme	78 506,02 M.
Gesamtausgabe	29 589,57 "
bleibt ein Vermögen von	48 916,45 M.
Davon in den Filialen	13 823,07 M.
Davon in der Hauptkasse	35 093,38 "

beihätige Klänge aufsuchen und werden wohl dauernd unfähig sein, diese schwere Arbeit wieder aufzunehmen. Die Direktion der Gaswerke ist sich ganz genau darüber klar, daß die Arbeiter in einigen Jahren verbraucht sind; Beweis: Die Zurückhaltung bezüglich der Aufnahme der Arbeiter in die Versorgungsliste. Betrachten wir uns die finanzielle Seite dieser schweren Arbeit, so finden wir im Etat, daß aus ca. 600 Arbeitern der Gaswerke München ein Meingewinn von jährlich 11 Millionen herausge holt werde. Da der Direktor mit 1% am Meingewinn (11 Millionen) macht pro Jahr das ganz niedliche Taschengeld von 110 000 M. bereit ist, so sei es erklärlich, daß mit Hochdruck gearbeitet werde. Auch das elektrische Werk liefert einen ganz netten Heberlauf und manches könnte auch dort für die Arbeiter besser sein.

Sehen wir uns hier die Krankenziffern an: Von 24 Heizern am Ruffat-Werk waren im Vorjahre 23 krank mit 836 Krankheitstagen. Referent gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Zahlen vielleicht die soziale Kommission aus dem Schlafe erwecken würden. Die Arbeiter-Ausschüsse seien nicht viel mehr, als Delegationsstüde und in sehr vielen Fällen belämen dieselben überhaupt keine Antwort.

Als Charakteristikum führte Medner die „Stadtgärtnerei“ vor, dort herrschen Zustände, welche alles andere in den Schatten stellen. Schon bei den Statsberatungen habe Gem.-Dev. Maith auf die Stadtgärtnerei hingewiesen und habe sich dann, weil Gem.-Dev. Herrmann meinte, Maith sei angelogen worden, persönlich überzeugt, daß in Wirklichkeit noch größere Dinge vorlagen. Schon die Kennerung des Herrn Stadtgarten-Direktors Heiler: „die Gärtner hätten überhaupt kein Recht, sich zu organisieren“, beweist, welchen Anschauungen der Herr hulldigt. Das Günstlingswesen floriere dort in einer Ausdehnung, die ungeheuerlich sei; es ist nicht nötig, daß die Günstlinge etwas leisten könnten, wenn sie nur eine gute Empfehlung zur Seite haben u. dgl., so bringen sie es vorwärts, diejenigen aber, welche Jahr und Tag auf der Stredde seien, welche mit Lebensgefahr die höchsten Räume zu besteigen haben, bei Sturm, Eis und Schnee, so daß sie oft des abends voll Ruß und durchdrückt den weiten Heimweg antreten müssen, kurz gesagt, diejenigen, welche die eigentliche Arbeit zu machen haben, würden konsequent übergangen.

Als gerade diese Arbeiter im vorigen Jahre an den Herrn Direktor das Ersuchen stellten, bei weiteren Vorrückungen berücksichtigt zu werden, erteilte derselbe ihnen prompt die Antwort, indem er zwei Arbeiter mit ganz kurzer Dienstzeit vorzog und in die Zwischenstufe zwischen Arbeitern und Vorgesetzten hineinbediente.

Auch bezüglich der Unfälle sei nicht die genügende Vorforg getroffen. Als im vorigen Jahre am „Heudel“ von einem hohlen Baum große, dürre Äste heruntergefaßt werden sollten, wurden dieselben angesichts der Vorgesetzten halb durchsäht und mit dem Seil (entgegen den Unfallvorschriften) heruntergerissen. (Praktisch — was?).

Die Vorgesetzten wußten, daß der Baum hohl war; durch das Anreißen des Seiles brach der Baum in der Mitte ab und die zwei Arbeiter fielen samt demselben in den Mühlbach.

Schwerverletzt wurden sie herausgeholt und lange Zeit im Krankenshaus behandelt; sie sind heute noch nicht vollständig hergestellt.

Man sollte nun meinen, daß diese Arbeiter zu leichteren Arbeiten verwendet worden wären, aber nein, was kein liberaler Kommerziant, ja, vielleicht kein Grubenbaron fertig brächte, der Stadtgarten-Direktor Heiler brachte es fertig: „aufs Pflaster mit ihnen“, (Starke Bewegung und Phuirufe).

Referent folgerte: Der Stadtgardendirektor Heiler möge seinetwegen ein frommer Christ sein, aber trotz der Heiligenstatue an seiner Wohnung sei er einer der hartherzigsten Menschen in München.

Schon fast ein Jahr kämpften die Gärtner um auskömmliche Löhne; trotzdem sie in der von ihnen unterzeichneten Arbeitsordnung mit 48 Pf. pro Stunde bedacht sind, beantragte der Herr Stadtgardendirektor für dieselben sage und schreibe 30 Pf. pro Stunde; wahrscheinlich hatte er Münchener Verhältnisse mit Bromberg verwechselt. Medner führte aus: Es sei zweifellos für die Gärtner im Reich interessant, daß derselbe Herr Stadtgardendirektor Heiler, der in allen möglichen Gärtnervereinigungen soviel von der Hebung des Gärtnerstandes herunredet, seinen eigenen Betrieb vergißt.

Die Behandlung der Arbeiter seitens einzelner Vorgesetzter lasse die Meinung aufkommen, daß der Herr Direktor trotz der Strenge gegen die Arbeiter über seine Beamten die Führung verloren habe. Daß sich diese Beamten selbst die schönsten Titulaturen beilegen und sich noch sonstiger schöner Dinge bezichtigen, die wir für heute mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken wollen, setzt dem ganzen noch die Krone auf. Auf alle Fälle legte der Referent im Namen des Verbandes Verwahrung ein gegen gewisse Vorgesetzte in der Stadtgärtnerei, welche es verstanden, ihre Untergebenen bis aufs äußerste zu terrorisieren. Referent erbot sich, für seine Behauptungen Beweise zu erbringen.

Wie rüchständig die Stadtgärtnerei sei, erhelle am besten daraus, daß Herr Direktor Heiler gegenüber einer Vertretung des G. A. B. äußerte, für seinen Betrieb gäbe es keine Unfallverhütungsvorschriften. Er tat sehr erstaunt, als ihm dieselben augenblicklich vorgezeigt werden konnten.

Auch in der Gasanstalt macht sich ein junger Herr, der schon im Jreinhause war, als „Herr Vorgesetzter“ (unglaublich) durch sein Auftreten den Arbeitern gegenüber besonders bemerkbar. Es gäbe dort auch Leute, die ihre Ausbildung als Installateur auf der Reimbahn als „Reimbub“ genossen haben.

Medner führte sodann aus: Trotz dieser und noch vieler anderen Mißstände suche man in den städtischen Kollegien den Gemeindevetrieb als Musterbetrieb hinzustellen. Entgegen der Ansicht des Gemeindevollständigen Waler sind wir der Meinung, daß der Magistrat im geraden Gegenteil von „sozialem Wohlwollen“ schmelgt.

Zum Schluß forderte Referent auf, recht zahlreich dem Verein zur Erwerbung des Bürger- und Heimatrades für Gemeindevbedienstete beizutreten, um mit dem Stimmzettel in der Hand die städtischen Kollegien etwas anzuhornen. In vielen Bezirken werden die Gemeindevarbeiter in Zukunft bei den Wahlen als das „Jünglein an der Wage“ zu betrachten sein.

Sollte aber einer der Herren, die für die Gemeindegewerkschaften nicht übrig haben, bei den Wahlen wieder mandatskürzern werden und dazu ein arbeiterfreundliches Gesicht machen, die Zeitung des G. M. V. wird in den Versammlungen zur Stelle sein und den Herren ihre Sünden auf Grund der Gemeindegewerkschaft vorhalten.

Nach einer längeren Diskussion, welche noch verschiedene Mißstände zutage förderte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 12. März im „Kolosseum“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter erklärt sich mit den Referenten einverstanden und beabsichtigt, um mit den vom Referenten gebildeten kräftigen Mißstände aufzuräumen zu können, einen Verein zur Erwerbung des Heimats- und Bürgerrechtes für Gemeindegewerkschaft zu errichten. Die Versammlung empfiehlt allen städtischen Arbeitern den Beitritt zu demselben und erklärt weiter, daß der Beitritt zur Organisation gleichfalls allen städtischen Arbeitern zu empfehlen sei.“

Die Versammlung ersucht ferner den löblichen Magistrat, die am 11. Dezember eingereichte Arbeitsordnung baldigst in Beratung ziehen zu wollen.“

Nürnberg. Unsere Nürnberger Kollegen beschloßen, an die Magistrats- und Gemeindegewerkschaftsmitglieder folgende Resolution zu senden:

Die heute, den 26. Februar 1905, im Saale des Englischen Hofes versammelten Gemeindegewerkschaft der Stadt Nürnberg erklären sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Altwater, in jeder Beziehung einverstanden und versprechen, für die Verwirklichung der vorgetragenen Gesichtspunkte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.

Die Versammelten beschließen des Weiteren: In Erwägung, daß die allgemeinen Verhältnisse der Gemeindegewerkschaft Nürnberg sich mehr und mehr verschlechtern, so daß eine generelle Regelung als dringend geboten erscheint; in weiterer Erwägung, daß in nahezu jeder Stadt von einiger Bedeutung allgemeine Arbeitsordnungen für die Gemeindegewerkschaft eingeführt sind, die als Arbeitsvertrag zwischen der Stadtgemeinde und jedem ihrer Arbeiter zu gelten haben und in denen die Rechte und Pflichten der Gemeindegewerkschaft in präzisen Bestimmungen niedergelegt sind, wird das Bureau der heutigen Versammlung beauftragt, unverzüglich mit dieser Resolution den Entwurf einer „Allgemeinen Arbeitsordnung“ dem verehrlichen Stadtmagistrat und Gemeindegewerkschaftsmitgliedern zu unterbreiten. In dem Entwurf sollen insbesondere folgende Bestimmungen Berücksichtigung finden:

- die Altersgrenze bei Neueinstellungen wird auf 15 Jahre festgesetzt;
- nach dreimonatlicher Probezeit gilt der Arbeiter als ständig;
- Einführung des Zweidrittelwechsels für die im regelmäßigen Schichtwechsel stehenden Arbeiter;
- Festsetzung einer höchstens 9 1/2 stündigen Tagesarbeitszeit für alle übrigen Arbeiter;
- Festsetzung des Feierabends an den Vorabenden vor hohen Feiertagen;
- Festsetzung eines Lohntarifs;
- Regelung der Verabreichung der Ueberzeit und Sonntagsarbeit sowie der Entfernungszulagen und der Zulagen für besonders schmutzige und gesundheitschädliche Arbeiten;
- Festsetzung des Termins der Lohnzahlung;
- Bestimmungen über besondere Vergünstigungen für die städtischen Arbeiter als:

- Gewährung eines Zuschusses bei militärischen Friedensübungen;
- Verzahlung der in die Woche fallenden Feiertage als Arbeitstage;
- Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von 6 Tagen nach dreijähriger Dienstzeit, bzw. nach einjähriger Dienstzeit für Arbeiter in ununterbrochenen Betrieben;
- Verzahlung der Differenz zwischen Straßengeld und Arbeitslohn in Krankheitsfällen;
- Gewährung eines Sterbegeldes an die Angehörigen verstorbenen städtischer Arbeiter.

- Bestimmungen über die Mündigkeitsfristen für städtische Arbeiter, und zwar:
 - für Mitglieder des Arbeiterausschusses 3 Monate;
 - für Mitglieder der Versorgungskasse 4 Wochen;
 - für die übrigen Arbeiter 14 Tage;
 - für Notstandsarbeiter 1 Tag.
- Bestimmungen über Ermahnungsvorschriften;
- Bestimmungen über einen in die einzelnen Betriebe sich eingliedernden allgemeinen Arbeiterausschuss, wobei das aktive Wahlrecht und das passive Wahlrecht jeder volljährige Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit hat.

Die Versammelten hegen die Erwartung, daß seitens der städtischen Kollegen, dem Beispiele anderer Städte folgend, diesen Wünschen in vollem Umfang Rechnung getragen werde.

Hochachtungsvoll ergebenst:

Das Bureau der Versammlung.
 Vorsitzender H. Hassel. Schriftführer W. Müller.
 Poststr. 12. Wassergraben 4.

Stettin. Mitglieder-Versammlung am 24. Februar. Nachdem die Abrechnung, welche wegen Krankheit des Kassierers in der Januar-Versammlung nicht erfolgen konnte, verlesen war, bestätigten die Revisoren die Richtigkeit derselben und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Unterlassener wurde Kollege Gese gewählt. Vollaad berichtet über die Entlassung zweier Kollegen, welche Unterstützung beantragt hatten. Da die Entlassungen auf Schuld der Kollegen zurückzuführen sind, bemerkte Gründemann, daß sich gerade die Organisierten die größte Mühe geben müssen, als Mutterarbeiter anerkannt zu werden. Unterstützung konnte in diesem Falle nicht gewährt werden. Ferner wurde beschloßen, die Petition der Straßenreinerger drucken zu lassen. In Sterbefällen der Ehefrau von Mitgliedern wird ein Antrag für 5 Mark aus der Jubiläumskasse gestiftet und wurde der Vorsitzende beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß Sterbefälle in den einzelnen Sektionen gut bekannt gemacht werden. An die Versammlung richtete Gründemann die Bitte, bei Sterbefällen sich regen an der Leidensfolge zu beteiligen. Dem Kollegen Stell, dessen Ehefrau und Kind verstorben sind, wurde auf Antrag der Unterstützungskommission 15 Mark bewilligt. Niemann und Genossen wünschten die Einführung einer Frauen-Sterbekasse und Unterstützung bei Entbindungsfällen. Der Vorstand wurde beauftragt Vorkerbungen zu treffen, damit die Sache in den einzelnen Sektions-Versammlungen vorberaten werden kann. Nach einigen Beschlüssen, die das Stiftungsfest betrafen, wurde betreffs Anstellung eines Sekretärs für Stettin berichtet, daß der Hauptvorstand zurzeit den Wunsch der Stettiner nicht berücksichtigen könne. Es sollen aber Maßnahmen getroffen werden, damit die mittleren und kleineren Jubilären Berücksichtigung finden. Die Anstellung eines Hauskassierers wurde wegen der Kostenfrage zurückgestellt. Nachdem zur regen Agitation aufgefordert war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Stettin. Am Montag, den 6., und Dienstag, den 7. März fanden öffentliche Versammlungen statt, eine für das Personal der Hafenbetriebs-Direktion und die andere für das Personal der Hafenverkehrs-Inspektion. Erstere war sehr gut, letztere nur sehr schwach besucht.

In beiden Versammlungen sprach Kollege Vollaad über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Zweck und Ziele des Gemeindegewerkschaftsverbandes. Ferner sprach er eingehend über die Bedeutung des Arbeiterausschusses, über seine Zusammenlegung und seinen Einfluß. Die Versammlungen werden gewiß mit dazu beitragen, unsere Bewegung am Terte zu fördern und zu festigen.

Stettin. Am 1. März hielten die Straßenreinerger im Lokal des Genossen Vidke ihre sehr gut besuchte Sektionsversammlung ab. Kollege Vollaad verlas noch einmal die an den Magistrat eingereichte Petition und forderte die Kollegen auf, auch treu zu der Organisation zu halten und für deren Ausbreitung nach Kräften zu sorgen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde einer Unterstützungseinrichtung zugestimmt, der Beschluß, aber bis zur nächsten Sektionsversammlung ausgesetzt.

Nachdem fand eine gründliche Aussprache über den Vorarbeiter Woff statt. Die Arbeiter des ganzen fünften Meiers sind enttäuscht über die erwiehenen Zusicherungen, die ihnen in raffinierter Weise zugesagt wurden. In Woff komme das Bestreben, die Arbeiter zu isolieren, vollendet zur Geltung. Strebererei, Scharobererei, Zweikellelerei, Dummheit, kriechend nach oben, frech nach unten, das sind die Eigenschaften, die sich meistens bei einander finden und die nur durch die Organisation wirksam bekämpft werden können.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Vollaad erfolgte Schluss der Versammlung.

Würzburg. Die am 5. Februar ds. Jrs. im Saale zum „Frankenseller“ stattgefundene öffentliche Gemeindegewerkschaft-Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolution des Herren Gemeindegewerkschaftsmitgliedern zur Berücksichtigung zu unterbreiten: „Die heutige Gemeindegewerkschaft-Versammlung richtet an das verehrliche Gemeindegewerkschaftsmitglied das höchste Entzücken, unter allen Umständen die Aufstellung eines Lohntarifs in aller nächster Zeit zu bewirken.“ Diese Resolution ist überreicht worden und über die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen im Stadtparlament berichten wir in der nächsten Nummer.

Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Harmen. Die Reihe der Etats geht nun zu den gewerblichen Anhalten der Stadt über, deren Ueberzühlfülle im Haushaltsangelegen eine so außerordentlich große Rolle spielen. Die Gesamtzahl rechnet mit folgenden Einnahmen: Gasabgabe an Private 1 460 000 Mk., Straßenbeleuchtung 121 000 Mk., Verkauf von Holz 222 500 Mk., (gegen 1 500 000 Mk. im Vorjahre für 1904), Leer 45 000 Mk., Ammoniaksteuer 85 000 Mk., Meinungsmaße 5 800 Mk. und Gewähr 800 Mk. Die Gasabgabe wird voraussichtlich 14 800 000 Kubikmeter betragen. Für Stehlen sollen 571 000 Mk., für Arbeitslöhne 195 000 Mk. ausgeben werden. Verbrauch werden 1225 Doppelwagen Stehlen. Gemäß den Beschlüssen der Wasser- und Lichtkommission werden die Löhne der sämtlichen Arbeiter der Gas-

Cotenlliste des Verbandes

Otto Thiedke, Berlin IX.

† 9. März 1905 im Alter von 20 Jahren.

Franz Apel, Berlin X.

† 11. März 1905 im Alter von 35 Jahren.

Gotthelf Schuster, Dresden.

† 14. März 1905 im Alter von 51 Jahren.

Heinrich Endres, Erlangen.

† 18. März 1905 im Alter von 52 Jahren.

Paul Poschekky, Hamburg.

† 11. März 1905 im Alter von 24 Jahren.

Franz Janoschek, Magdeburg.

† 22. März 1905 im Alter von 44 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Allgemeiner Bau-, Spar- und
Wohnungsverein „Solidarität“,**

G. B. m. b. H.

Anmeldungen, Mitgliederannahmen, Auskunft
in der Geschäftsstelle
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Berlin, Sektion IV.
(Englische Gasanstalten)

Unserem Verbandskollegen

Hugo Seifert nebst Frau

die herzlichsten Glückwünsche und ein
donnerndes Hoch zur Silberhochzeit.

Die Kollegen der Sektion IV.

Filiale Heilbronn.

Unserem treuen Verbandsmitgliede
und alten Veteranen von 1848 und 1870

Johann Busch

zu seiner Silberhochzeit am 20. März
die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Filiale Heilbronn.

Filiale München.

Unserem braven Verbandskollegen

**A. Reinschhofer und seiner
Frau Josepha**

die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer
am 5. April stattfindenden Silber-
hochzeit.

Die Sektion
Gasfabrik Thalkirchenerstraße.

Abrechnung vom 1. Stiftungsfest der Filiale Groß-Berlin.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Fanzbänder	202,50 M.	Verlosung	81,50 M.
Verlosung	98,40 "	Abzeichen	3,— "
Billetts	648,90 "	Ruff	900,— "
		(Wier)	0,— "
		Vorträge	55,— "
		Fanzmeister	10,— "
		Wobbons	7,00 "
		Diverse Ausgaben	25,80 "
		Programme	81,50 "
		Billetts	46,— "
		Vergütungslohnsteuer	20,10 "
Summa	949,20 M.	Summa	536,90 M.
Einnahme	949,20 M.		
Ausgabe	536,90 M.		
		bleibt Ueberschuß	412,40 M.

Für den Filialvorstand:
E. Dittmer. E. Hoffmann.

Ganz umsonst und portofrei

kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.
Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 5500 Abbildungen
nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franco (ohne Kaufwang).
Derselbe enth. grosse Auswahl in Herrenkotten, former grosse Auswahl in



Gebrüder Bell, Gräfrath

bei Solingen.

Achtbares Fabrikverandshaus am Platz,
Gebrüder 1876.

Damen-Uhr-
und Hals-
ketten, Broschen,
Ringen, Taschenuhr,
Regulateure, Wecker,
Portemonnaies, Pfeifen,

Spasierstöcke, Fernrohre, Fellstecher, Schnus- u. Stuchwaffen, Wagen,
Sensen, Reben- od. Gärtencheren, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-,
Gemüse-, Hack- u. Wiegemeßer, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafel-
messer u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneidmesser, Haarmaschinen,
Basierutensilien, Musikinstrumente, Schmuck- u. Haushaltsartikel,
Kinderspielwaren u. Christbaumschmuck etc. Gleichzeitig offerieren wir,
damit sich Jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren überzeugen
kann, franco prima Nickel-Uhrkette No. 653 wie Zeitfrang ca. 20", um
lang, mit Kompass i. Schieber u. 3 Quasten-Anhängern für nur Mark 2.—
14 Tage zur Ansicht. Besteller verpflichtet sich, den Betrag in ange-
gebener Probezeit einzusenden od. die Uhrkette zu retournieren. —
Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachnahme. bitten genau auf unsere Firma
zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerkotten.

Filiale Hamburg

Sonnabend, den 6. Mai 1905

Grosses Mai-Fest

festrede und Ball

in den festlich geschmückten Räumen des
„Hamburger Ballhaus“, Neuhäbterstr. 41/43.

Saaleröffnung 8 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Eintrittskarte 30 Pf., gültig für einen Herrn nebst Dame.

Alle Freunde und Kollegen nebst ihren Damen wollen uns mit ihrem
Besuch beehren.

Der Festauschuh.